

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staninich, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Feinbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag-Morgen 8 Uhr.

Verlags-Anzeigen

für die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 30 A.

Auf zum Wahlrechtskampf!

Das preussische Volk steht am Beginn eines Wahlrechtskampfes, der entscheiden soll, ob die **arbeitende Klasse** auch weiterhin **politisch rechtlos** bleiben soll oder nicht. Die Regierung hat antündigen lassen, daß sie bereit sei, in eine preussische Wahlreform einzuwilligen, durch die das heutige „elendeste aller Wahlsysteme“ verbessert werden soll. Nun denkt aber die Regierung, wie ihr Sprachrohr, die „Nordd. Allg. Ztg.“, rundheraus erklärt hat, nicht an die Einführung des

Reichstagswahlrechts,

sondern nur an eine **Glückreform**, durch die einige der allergrößten Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen Systems gemildert werden sollen. Das neue Wahlrecht soll so beschaffen sein, daß die **Massen des Volkes nach wie vor entrechtet bleibt**. Der **Mehrheit des Volkes soll eine wirzige Scheinvertretung** eingeräumt werden, dagegen soll der **besitzenden Klasse**, die nur die **verschwindende Minderheit** des Volkes bildet, erst recht für alle Zeiten die **kolossale Mehrheit** der Volksvertretung gesichert werden!

Sache der Entrechteten, Sache des Volkes ist es, diesen sauberen Plan zu durchkreuzen! Die Frage der Wahlreform ist aufgerollt — nun mögen die **Nichtbesitzenden**, die **Proletarier**, beweisen, daß sie für ihre **heiligsten Menschenrechte** ebenso zielbewußt und energisch einzutreten verstehen, wie die **besitzende Klasse** mit zähester Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit ihre politischen und wirtschaftlichen **Vorrechte** verteidigt!

Die Parole des ganzen Volkes der ehrlichen Arbeit muß sein:

**Herans mit dem Reichstagswahlrecht!
Nieder mit jedem Klassenwahlrecht!**

Um was es sich handelt!

Das gegenwärtige Dreiklassenwahlrecht, das vor mehr als einem halben Jahrhundert durch den **Staatsstreich** an Stelle des durch die 48er Revolution bereits **eroberten** allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen gesetzt wurde, ist in jeder Beziehung ein **Sohn** auf eine wirkliche Volksvertretung. Zunächst werden die Wähler in drei Klassen geteilt, und zwar so, daß die **reichsten** Wähler, die ein Drittel der Gesamtsumme eines Wahlbezirks ausbringen, die erste Klasse bilden. Die **nächst wohlhabenden** Wähler, auf die ein weiteres Drittel der Steuersumme entfällt, bilden die zweite Klasse; die **Gabenrichte** endlich wählen in der dritten Klasse! Auf ganz Preußen berechnet, gehörten bei der letzten Landtagswahl **von je 100 Wählern der ersten Klasse 3, der zweiten Klasse 12 und der dritten Klasse 85 Wähler an!** Drei Wähler der ersten Klasse haben also **ebensoviel Wahlrecht wie 12 Wähler der zweiten Klasse und 85 Wähler der dritten Klasse!** Und wenn sich die 15 Wähler der ersten und zweiten Klasse zummentun, was selbstverständlich der Fall ist, so sind die 85 Wähler der dritten Klasse **überstimmt**, also **völlig rechtlos**.

Damit nicht genug! Das Wahlrecht ist obendrein **indirekt** — nicht die Urwähler selbst wählen die Abgeordneten, sondern die von ihnen gewählten Wahlmänner. Zu alledem ist aber die **Stimmabgabe nicht geheim** wie beim Reichstagswahlrecht, sondern **öffentlich**, so daß alle **Abhängigen**, von der **Hungerpeitsche** der **Unternehmer** bedrohten **Proletarier**, namentlich aber die **Beamten**, entweder **gar nicht** wählen können, oder nur so, wie es ihnen **befohlen** wird! Die „**Schönheiten**“ des Wahlsystems werden noch vervollkommen durch eine beispiellose **Ungleichheit der Wahlkreise**. Viele kleine ländliche Wahlkreise, die von dem Großgrundbesitz beherrscht werden, haben **ebensoviel Wahlrecht**, wie die großstädtischen und industriellen Wahlkreise mit einer **zehnfach so starken Bevölkerung!**

Diesem geradezu ungeheuerlichen Wahlsystem entspricht denn auch die **Zusammensetzung des preussischen Landtags**. Im gegenwärtigen Landtag sitzen **114 höhere Beamte und Offiziere, 17 Geistliche, 44 Kaufleute, 3 Industrielle und Gewerbetreibende, 32 Rentner und 161 Landwirte**, darunter **111 Großgrundbesitzer**, von denen nicht weniger als **88 frühere Offiziere** sind.

Nur eine Klasse ist im Landtag **völlig unvertreten**: die **Arbeiter-Klasse!** **Kein einziger Arbeiter sitzt im preussischen Geldsackparlament!**

Zwar erhielt die sozialdemokratische Partei bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1903 nicht weniger als 314149 Stimmen, aber sie erlangte infolge des standaligen Wahlsystems **kein einziges Mandat!** Die **Konservativen** dagegen erhielten bei 324157 Stimmen — also fast derselben Stimmzahl wie die Sozialdemokratie — **143 Abgeordnete!** Die **Freikonserverativen**, die nur 47975 Stimmen aufgebracht hatten, also nicht den **sechsten Teil der sozialdemokratischen Stimmen**, erhielten **60 Mandate!** Hinter diesen 60 freikonserverativen Abgeordneten stand zwar nur eine **Handvoll Wähler**, aber diese Wähler sind **schwer reich**, sie haben infolgedessen ein ganz anderes Gewicht als die Stimmen der **Hungerleider von Arbeitern**, die für die Sozialdemokratie abgegeben wurden.

Kein vernünftiger Mensch — der nicht selbst zu den **Privilegierten** gehört — kann ein solches Wahlrecht verteidigen. Es ist die höchste Zeit, daß es endlich hinweggefegt wird!

Aber an seine Stelle darf kein neues Klassen- und Geldsackwahlrecht treten, sondern nur das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Jedes andere Wahlrecht als das Reichstagswahlrecht bedeutet eine **Aufrechterhaltung** der schmachvollen Entrechtung des Volkes!

Denn die große Masse der preussischen Bevölkerung besteht aus **Arbeitern**, aus **Nichtbesitzenden**. Das beweisen die Zahlen der **amtlichen Statistik**. Nach der amtlichen Steuerstatistik für 1906 besaßen von den 37 Millionen der preussischen Gesamtbevölkerung 20 Millionen, also **mehr als die Hälfte**, ein Einkommen von **weniger als M. 900**. Hierzu kommen noch zirka 9 Millionen mit einem Einkommen von M. 900 bis 1500. Also **fast 30 Millionen Preußen** gehören der **nichtbesitzenden Klasse** an, der Arbeiterklasse oder den Schichten der Unterbeamten und Kleingewerbetreibenden, deren Lage genau so elend ist, wie die der Arbeiter.

Wird nun aber ein neues Klassenwahlrecht eingeführt, so bleiben nach wie vor **vier Fünftel** des Volkes in ihrem **Wahlrecht verkürzt**, wo nicht **ganz entrechtet!** Denn dadurch, daß man die Vertreter dieser vier Fünftel von vornherein zur **einflusslosen Minderheit** im Landtag verurteilt, nimmt man ihrem Wahlrecht **jede praktische Bedeutung!**

Wollen sich das die Nichtbesitzenden gefallen lassen? Sind sie damit **einverstanden**, daß man sie für **minder wertvolle Glieder** des Staates erklärt, als das **eine Fünftel** mit einem Einkommen von mehr als M. 1500!?

Wahlan, die Stunde der Entscheidung ist da! Rührt Euch, Ihr Nichtbesitzenden, Entrechteten! Er kämpft Euch Euer Bürgerrecht, damit Ihr die Gesetzgebung so gestalten könnt, wie es Euer Interesse, Euer und Eurer Kinder Wohl erfordert!

Nehmt die **besitzende Klasse zum Vorbild!** Sie weiß, was sie sich und den **ihrigen** schuldig ist. Sie führt den Kampf mit aller **Rücksichtslosigkeit!**

Wie stellt sich der Freisinn zu den Volksrechten?

Der „**Freisinn**“ behauptet, gleich der Sozialdemokratie für das **Reichstagswahlrecht** für Preußen kämpfen zu wollen.

Zur er das aber wirklich?

Nein: er „**fordert**“ zwar das allgemeine gleiche Wahlrecht, aber er will **dafür nicht kämpfen!** Und doch kann das Wahlrecht nur durch den **rücksichtslosesten Kampf der Volksmassen** errungen werden! — Denn **freiwillig** gewähren die Regierung und die am Ruder befindlichen reaktionären Parteien, Konservative und Nationalliberale, **nicht** das Reichstagswahlrecht!

Einige freisinnige Abgeordnete haben denn auch rundheraus erklärt, daß der **Freisinn unter allen Umständen** das Reichstagswahlrecht nicht nur **fordern**, sondern **gemeinsam mit dem Volke erkämpfen** müsse. Der Reichstagsabgeordnete **Naumann** erklärte am 31. Juni d. J. im „**Verl. Tageblatt**“:

„**Inbesondere dürfen wir Liberalen es nicht den Sozialdemokraten überlassen**, sich als die eigentlichen Träger der **Wahlrechtsbewegung** hinzustellen. So natürlich und selbstverständlich es ist, daß die Sozialdemokratie, die heute im preussischen Landtag noch nicht vertreten ist, einen angemessenen und ihrer Kraft entsprechenden **Platz**

zu gewinnen sucht, so klar ist es doch andererseits, daß es sich hier um gar nichts Sozialistisches handelt, sondern um etwas Liberales. Heute muß einfach gefordert werden: Das Reichstagswahlrecht für Preußen! Damit wird sehr spät wieder gut gemacht, was durch das Wahlgesetz von 1849 und durch die Verfassung von 1850 der Bevölkerung weggenommen wurde."

Der Abgeordnete Friedrich Bayer erklärte ebenfalls:

"Ich teile die Ansicht Naumanns, daß dabei kein Liberaler ein andere Forderung stellen kann als die der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Diese Forderung wird auch, wenn sie einmal ernstlich aufgestellt wird, schließlich durchdringen. Der ausschlaggebende Faktor sind am Ende das politische Verständnis und die politische Energie des preussischen Volkes. Auf dieses mit aller Macht einzuwirken, scheint mir deshalb die nächste Aufgabe."

Und der greise Senior der freisinnigen Volkspartei, der Abgeordnete Albert Träger, schrieb am 20. August im „Berl. Tageblatt“:

„Gerade hinsichtlich der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen kann und darf der Freisinn keinen Schritt zurückweichen, auch nicht das geringste Zugeständnis machen. Alles oder nichts! lautet hier die Parole, denn jedes Weniger ist nichts.“

Danach könnte es scheinen, als ob der Freisinn tatsächlich entschlossen sei, den Kampf mit aller Energie zu führen und das Volk auf die Schanzen zu rufen. Leider ist das nicht der Fall! Alle einflussreichen freisinnigen Blätter in Nord und Süd, in Ost und West haben sich gegen den Kampf ausgesprochen. So die „Freisinnige Zeitung“, die „Vossische Zeitung“, die „Dresdener Zeitung“, die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“, die „Frankfurter Zeitung“, das „Hamburger Fremdenblatt“, die „Weberzeitung“ usw.!

Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei, der vom 12. bis 15. September in Berlin stattfand, hat bewiesen, daß der Freisinn lieber auf das Reichstagswahlrecht verzichtet, als mit der „Blockpolitik“ brechen will. Der Parteitag hat offen erklärt, daß er mit jeder Abstufung zueinander Frieden ist, mag sie noch so kümmerlich ausfallen! Ja mehr noch, nicht einmal das geheime Stimmrecht mag der Freisinn zu fordern. Herr Theodor Barth hat vom Freisinn gefordert, daß er wenigstens der Regierung die Verbindung stelle, schon im gegenwärtigen Landtag durch ein Notgesetz die geheime Abstimmung für die Landtagswahl einzuführen. Aber der gesamte Freisinn ignoriert diese Forderung! Um ja nicht bei den Junkern anzulocken, um die Waffenbrüderschaft mit der agrarischen Reaktion ja nicht zu gefährden, mag der Freisinn nicht einmal, selbst diese geringfügige und ganz selbstverständliche Forderung zu erheben!

Die führenden Freisinnstreife in ihrer übergroßen Mehrheit wollen sich mit der Bülowischen Flickreform begnügen und die Rechte des Volkes abermals verraten! Sie wollen keinen Kampf, um es nicht mit der Regierung und den Konservativen zu verderben, damit sie die famose Blockpolitik nach wie vor mitmachen können. Die Blockpolitik, die dem Volke unzählige Millionen für Kolonial- und Marinepolitik kostet, und bald neue Steuern, die Wehrsteuer, die Tabak- und Biersteuer nach sich ziehen wird.

Da gilt es, die nichtbesitzenden Kreise des Freisinn selbst zum Sturm aufzurufen gegen die verräterischen Kompromißgeflüste ihrer Führer!

Von unten auf ist die Lösung! Die Schwankenden und widerstrebenden Führer, die nur das Interesse der Besitzenden ihrer Partei im Auge haben, müssen vorwärts getrieben oder hinweggesetzt werden!

Mit Recht schrieb die „Düsseldorfer Post“, das Wochenblatt der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Rheinland-Westfalens:

„Leute, die wie die alten Weiber flennen, noch ehe der eigentliche Kampf begonnen hat, die jammern, schreien, daß das Ziel doch nicht zu erreichen wäre und man schließlich noch diesen oder jenen sogar noch tun könnte, solche Leute sind nicht berufen, jemals Volksmassen zu begeistern und für sich zu gewinnen. Diese fatten Gesellen mögen dort hin gehen, wo sie ihrer ganzen Natur nach hingehören, zur — Reaktion. Für alle wahrhaft Liberalen gibt es jetzt kein Rückwärts, das würde ihr Tod sein. Nicht dem Zaghaften, sondern dem Mutigen gehört die Welt.“

Darum auf zum Kampf für das Wahlrecht!

Nicht den Zaghaften, nicht den „flennenden alten Weibern“, sondern den Mutigen gehört die Welt!

Die Verrätertaktik der Zentrumsführer!

Aber viel zweifelhafter noch als der Freisinn gebärdet sich das Zentrum. Das Zentrum hat erst im Januar dieses Jahres im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen eingebracht. Das Zentrum hätte also jetzt die schönste Gelegenheit, seine Forderungen zur Durchführung zu bringen. Aber was tut das Zentrum? Beteiligt es sich am Wahlrechtskampf? Führt es seine Wählermassen zum Sturm gegen die Reaktion?

Nein, es steht völlig gleichgültig beiseite, es rührt sich nicht! Auf dem Ende August abgehaltenen Katholikentag ist die Frage des Wahlrechts, diese brennendste Frage der Zeit, mit keiner Silbe erwähnt worden! Das ist der Eifer der führenden Zentrumsstreife, der Zentrumsgeistlichen, Zentrumsagrarier und Zentrumsindustriellen, für die Durchführung des Reichstagswahlrechts! Und dabei mag die Zentrumsprelle noch, den Freisinn wegen seiner Zaghaftigkeit und Drückererei zu verspotten! Als ob es ein besseres Mittel gäbe,

dem Freisinn alle Unentschlossenheit auszutreiben, ihn in den ernstlichen Kampf um das Wahlrecht hineinzureißen, als eine kraftvolle Wahlrechtsbewegung des Zentrums! Dann müßte der Freisinn vorwärts! Dann könnte er sich nicht in einen Schacher mit Regierung und Konservativen einlassen!

Aber die Kreise des Zentrums, die wegen ihres Besitzes in dieser Partei herrschen, wollen ja im Ernste gar nicht das Reichstagswahlrecht! Das beweisen die Erklärungen der angesehensten Zentrumsführer. So erklärte am 23. Januar 1904 der Zentrumsabgeordnete Bachem im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Es kann niemand daran denken, ohne weiteres das Reichstagswahlrecht an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts zu setzen. Das Reichstagswahlrecht kann nicht als Ideal anerkannt werden. Es bringt Mißstände und Mißbräuche mit sich, von denen man nicht wünschen kann, daß sie in das neue preussische Wahlrecht hineinkommen.“

Im ähnlichen Sinne äußerte sich am 30. Juni 1905 der einflussreiche Zentrumsführer Gröber in der württembergischen Ständekammer gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht:

„Viel besser als die erste Kammer eignet sich die zweite Kammer für eine berufständische Vertretung, um die Mängel des allgemeinen Wahlrechts auszugleichen.“

Noch deutlicher sprach sich der schlesische Zentrumsabgeordnete Graf Strachwitz am 24. August 1906 in der „Deutschen Tageszeitung“ aus:

„Bezüglich des Reichstagswahlrechts möchte ich jedoch ganz offen aussprechen, daß sehr viele Leute in der Zentrumsparlei mit mir der Ansicht sind, daß an und für sich die Eigenschaftsworte „allgemein, gleich“ einen großen Mangel an diesem Wahlrecht bezeichnen.“

Auch der Zentrumsabgeordnete Graf Spee lehnte es ab, im Januar d. J. den schon erwähnten Zentrumsantrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu unterschreiben. Darüber zur Rede gestellt, erließ er in der „Rheinischen Volksstimme“ folgende Erklärung:

„Man hat mir vorgeworfen, daß ich den Antrag der Zentrumsfraktion auf Abänderung des Landtagswahlrechts nicht mitunterzeichnet habe. Ich stelle fest, daß mit mir eine Anzahl Zentrumsabgeordnete denselben Standpunkt in dieser Frage einnehmen und den Antrag nicht mitunterzeichnet haben, wie Graf Ballestrem, Geheimrat König, Graf Pradsma, Prinz Arenberg, Albers, Becker, Decker, Euler, Ostrop, Ring, Rintelen, Rügenberg, Strachwitz, Stromberg, Underberg, Wastendorf, Graf Wolf-Metternich.“

Ich bemerke, daß ich die Mängel des Landtagswahlrechts unumwunden anerkenne und für eine sachgemäße Abänderung bin. Was ich jedoch nicht wünsche, ist, daß das System des Reichstagswahlrechts ohne weiteres auf das Landtagswahlrecht übertragen werde.“

Die beifolgenden Angehörigen des Zentrums, die Arbeiter, die kleinen Beamten, die kleinen Gewerbetreibenden, sehen also, welch warmes Herz die hochgeborenen Zentrumsführer für sie haben, wie sie die Massenvertretung durch ein Klassenwahlrecht aufrechterhalten wollen!

Wollen sich das die entrechteten Massen, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, gefallen lassen? Sind sie weniger demokratisch als die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die doch den „alten Weibern“ und Freisinnsdiplomaten offen Fehde ankündigen?

Wollen sie nicht ihre eigenen Interessen mit Füßen treten, so müssen auch sie in ihrer eigenen Partei eine Massenbewegung erzeugen, müssen sie entweder ihre Führer zwingen, den Kampf um die Volksrechte aufzunehmen, oder sie müssen über sie hinwegschreiten, den Entrechteten der anderen Parteien die Bruderhand reichen!

Sie Volksrechte — die Volksvertretung — ist die Lösung. Ein drittes gibt es nicht. Wer nicht für die Rechte des Volkes kämpft, ist ein Verräter an der Sache des Volkes!

Der Sieg des Volkes ist gewiß,

wenn nur das Volk seine Sache mit Ernst und Nachdruck zu führen weiß. Das Volk ist — wir haben es ja oben aus den Zahlen der amtlichen Statistik nachgewiesen — die ungeheure Mehrheit der Nation. 30 Millionen von 37 Millionen in Preußen sind Nichtbesitzende, Entrechtete. Welche Macht vermöchte ihnen zu widerstehen, wenn sie einig zusammenstehen!

Freisinn, Zentrum und Sozialdemokratie bilden im Reiche die übergroße Mehrheit, sie können der Regierung jede Verbindung stellen. Die Regierung und die Junker können nicht gegen den ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit schalten! Die Sozialdemokratie ruft das Volk hermit zum Kampf auf! Wollen Freisinn und Zentrum zurückbleiben?!

Die Nichtbesitzenden müssen ihren Parteien den Nacken steifen, sie zur Teilnahme am Kampf zwingen! Denn ist die Wahlrechtsbewegung unwiderstehlich, der Siegespreis dem Volke gewiß!

Von unten auf! muß die Lösung sein!

Kein Zögern, kein Schwanken! Denn keine Minute ist zu verlieren! Wer schönen Versprechungen traut, mögen sie kommen, woher sie wollen, wer sich aufs Abwarten verlegt, baut nur die Brücke zum Wahlrechtsverrat!

Es ist die allerhöchste Zeit!

Auf zum Kampf für des Volkes heiligste Rechte!

fertig stellen: Alles das wollten sich die Kollegen nicht weiter gefallen lassen, und die Sektionsleistung wurde beauftragt, bei Lotter vorstellig zu werden. Lotter weigerte sich aber, Abhilfe zu schaffen. Darauf forberten die Kollegen die Entlassung des Lotterbrüder, was gleichfalls abgelehnt wurde mit dem Bemerkten, einen solchen „heiligen“ Arbeiter entlasse man unter keinen Umständen. Da sich aber die dort beschäftigten Kollegen diese Entlassungen sowie die Durchbrechung des Vertrages nicht mehr länger gefallen lassen wollten und konnten, legten alle bei Lotter'sche Pflicht getan zu haben, das nicht gefallen lassen wollten, so machten sie Feierabend. Die am Freitag tagende Zweigvereinsversammlung beschloß dann die Sperre über das Geschäft.

Gau Stettin.

In Stettin liegt wieder einmal eine Differenz mit dem Unternehmer Schüttnier vor. Schüttnier kam eines Tages auf den Bau und fing an zu schimpfen wie ein Wachtmeister. Da sich die Kollegen, in dem Bewußtsein, ihre Pflicht getan zu haben, das nicht gefallen lassen wollten, so machten sie Feierabend. Die am Freitag tagende Zweigvereinsversammlung beschloß dann die Sperre über das Geschäft.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Eierbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersehen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbepunkte.

Angehören sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 18. bis 23. November für folgende Mitglieder erteilt:

- Ernst Gottlich-Dresden, Verb.-Nr. 134 594; Nicl. Graf-Sof a. d. S. (Frau), 130 492; Wilh. Miegner-Witz (Frau), 94 782; Karl Schlag-Gera (Frau), 239 624; Fritz Wagdorff-Greifenhagen, 74 855; Moritz Neubert-Weigen., 149 439; Jacob Mühle-Sittquart (Frau), 47 028; S. Müller-Einsborn, 66 819; S. Müller-Stiel (Frau), 33 598; S. Verbitschus-Waltheim, 239 242; Franz Pfeifer-Verdau i. S., 173 226; Th. Löffner-Göln (Frau), 308 505; Konrad Steinmeyer-Sannover, 238 877; Albert Bagels-Warth (Frau), 199 647; Ernst Müdel-Berlin (Frau), 86 973; Emil Bricker-Berlin, 238 8; Heinrich Köppen-Berlin (Frau), 230 393; S. Lindenau II-Franfurt a. M. (Frau), 24 061; Karl Langer-Breslau, 16 414; Karl Pinausk-Breslau (Frau), 180 277; Paul Hein-Breslau (Frau), 16 630; Chr. Meinger-Karlruhe, 286 139; Th. Bogelmann i. M., 134 779; Wilhelm Verndt-Weizig, 37 757; Richard Ebe-Weizig (Frau), 98 644; Aug. Schilling-Hamburg (Frau), 242 556; Claus Doßmann-Bremervörde, 65 719.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Wefenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 17. November bis 24. November 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

- Molenheim M. 369.33, Heilström 6.40, Berlin 16 609, Fülba 7.36, Gremdrort 2.40, Alt-Göhl 4.50, Holzstrich 2.10, Edelriebe 17.40, Jacobshagen 13, Ritz 10, Sargburg 1.40, Gerne 600, Sebmitz 500, Wechau 500, Gienau 400, Reig 360; Schmiebs 200, Reimberg 100, Gohlenalza 45, Dörselhof 32.00, Forstheim 500, Schenditz 300, Werden a. d. Mühe 200, Hühz i. Medts. 194, Leisnig 150, Zwenkau 95, Köhler 50, Schmiegal 9.80, Stralburg i. Gf. 150, Chemnitz 800, Speyer 750, Mathenow 500, Freiburg i. Br. 500, Sennenberg 450, Gärde 400, Gerhart 400, Weidenau 250, Deutsch Epiau 200, Mäha 200, Wägersleben 200, Mechau 195, Tjensburg 140, Mälan 120, Geln 2800, Dortmund 1600, Delmenhorst 700, Kartenshe 700, Oberale 480, Galberstadt 400, Etargard 43, Danzig 2000, Hannover 29.00, Wilhelmshagen 700, Bergedorf 204.65, Wurzen 145, Eiderbrun 100, Wranitz 100, Schöneberg 100, Münden 4000.

b) Für Kassen.

- Sebmitz M. 30, Sanderburg 50, Halberstadt 25, Werden a. d. M. 5, Hühz i. Medts. 6, Zwenkau 5, Frankfurt a. M. 100, Leisnig 40, Stahfurt 15, Lindau 10, Speyer 30, Sennenberg 25, Wechau 5, Mälan 20, Neurode 12.50, Hoesof 5, Etargard i. Medts. 10, Wurzen 25.

c) Für Futterale.

Bindau M. 5, Bergedorf 1.

d) Für Verbandstags-Protokolle.

Schönkirchen M. 4.50, Lindau 5, Hoesof — 20.

Marken-Verband. Vom 11. bis 23. November sind Marken verhandelt worden (B = Eintrittsmarken, P = Beitragsmarken, A = Arbeitsloosmarken, K = Stolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):

- Aue 200 A & 25 A, Wensbach 350 B & 40, 10 B & 30, B & 300, Anklam 1000 B & 40, Nutschen 200 B & 30, Eilen 400 B & 35, Wschaffenburg 500 B & 45, Wägersleben 2000 B & 45, 100 B & 35, 100 A & 25.
Warth 10 E & 50 A, Burg b. Magdebg. 14 B & 75, Bohrenth 200 B & 40, Berne 100 B & 50, Bahn 300 B & 40, Witzel 200 B & 40, Brunnshültenhof 200 B & 50, Wannen 10000 L & 10, Worna 300 L & 10, Wamberg 4000 L & 15, Bernau 400 A & 25, Weitzig 100 A & 25, Wilmensthal 200 B & 40.
Grimmthausen 100 A & 25 A, Chemnitz 50 A & 25, Colmar i. Gf. 2000 B & 55, Coblenz 200 B & 30, 200 A & 25, Erbitz 400 B & 35.
Dortmund 15 000 L & 10 A, Elpum 200 B & 45, Dönsburg 3000 B & 60, Döfow 200 B & 40, Dessau 50 A & 25, Döhninghof 100 A & 25.

Enden 25 E & 50 A, Effen 10 000 L & 10, Einbeck 1000 B & 35, Erbing 100 B & 35, 10 E & 50, Erlangen 300 B & 45, 100 A & 25.

Freiberg i. Sachl. 600 B & 40 A, 600 B & 45, Fülba 100 B & 40, 20 B & 65, 50 E & 50, 100 A & 25, Fülche 200 B & 40, Forst 400 A & 25, Friedersdorf 200 B & 50, 100 A & 25.

Görlitz-Schneien 400 B & 35 A, Götha 200 B & 50, Gronau 100 B & 35, 300 L & 10, Groß-Giegnort 200 B & 40, 5 E & 50, Greweswälden 250 B & 40, Gengenbach 100 B & 40, Gießow i. Medt. 100 A & 25, Geythain 400 B & 40, 200 B & 35, 250 H & 30, 150 A & 25, Geythain I E & 300, Granitz 100 B & 45, 50 A & 25, Greene 300 B & 30, Groß-Buditz 100 A & 25, Hahla 250 B & 35.

Hersbrud 5 E & 150 A, Salmersleben 200 B & 35, Silber 500 B & 55, Söhlenalza 200 B & 40, Söllinghausen 2 E & 150, Sennitzdorf 100 B & 70, 50 A & 25, Sargburg 1000 K & 10, Sieritzke 50 B & 35, 50 A & 25, Sof 100 H & 40, 100 A & 25, Sammelhof 200 B & 40, 100 B & 30, 100 A & 25, Sprengmühle 100 A & 25, Salberstadt 1000 B & 50.

Sünderhof 400 B & 45 A, 100 A & 25, Jarmen 50 A & 25, Kemberg 100 B & 45 A, Ronitz 400 H & 35, Kremen 100 A & 25, 100 B & 40, Kolmar 50 B & 40, 100 A & 25, Klein-Schönefeld 100 B & 65, 5 E & 50, Krappitz 100 B & 35, 50 A & 25, Kaptau 50 A & 25, Regiu 100 B & 50, 100 A & 25, 100 K & 25, Königs-Wilhelmschen 50 A & 25, 100 B & 60, Königsberg i. d. N. 50 B & 30.

Langenberg 50 A & 25 A, 400 B & 40, Landsberg a. d. B. 400 B & 35, Landau 10 E & 50, Laffau 200 B & 40, Piepe 75 A & 25, Liegnitz 150 B & 30, Latowitz 800 B & 40, 200 B & 30, 400 A & 25, Landau 100 A & 25, Langendöls 200 B & 35, 100 A & 25, Lütz i. M. 400 B & 35, Lohau 100 B & 50, Lindow 500 B & 40, Lützen 100 B & 35, 50 A & 25, Leutenberg 50 A & 25, Leuten 100 L & 5.

Welle 300 B & 35 A, Witten 1500 B & 50, 5000 B & 45, Waldau 300 B & 40, Warburg 50 B & 30, 100 A & 25, 150 B & 35, 200 B & 30.

Neußdorf 50 B & 30 A, 20 A & 25, Neustädt 600 B & 40, 100 A & 25, Neulitz 100 B & 35, 15 E & 50, Nowawitz 50 A & 25, Nürnberg 2000 B & 60, Nauenhof 400 B & 40, Nordbahren 400 B & 40, 100 B & 30, Nauenburg 500 B & 40, Neigsdau 10 E & 50, Neuenhain 100 B & 70, 100 B & 50.

Ochhausen 400 B & 40 A, Oberriedersdorf 800 L & 5, Odenhausen 600 H & 40, Osabrück 300 B & 40, Oberode i. Br. 600 B & 40, Ostrasitz 200 B & 45, Obersee 600 B & 50, Oßwald 500 B & 75, 200 A & 25, Oßwald 200 B & 45, 200 A & 25, Oßwald 100 B & 30, Oßwald 10 E & 150, 100 A & 25, Oßwald 150 B & 50, 100 L & 45, Oßwald 50 B & 40, Oßwald 300 B & 35, Oßwald 200 B & 40, Oßwald 50 B & 30.

Reinertsdorf 2 E & 150, 100 A & 25, Reulitz 10 E & 150, 200 A & 25, Mäha 400 H & 45, Mäha 30 B & 45, Stettin 2 E & 150 A, 5 E & 300, Stralund 200 B & 50, Schmaltaden 5 E & 150, Schoploh 15 E & 50, Stadtelendorf 300 B & 35, Seegerbe 5 E & 150, Sennenberg 50 E & 50, Schneideberg 200 B & 40, Sonnenberg 300 B & 35, Schmölln 500 B & 40, Schwert i. M. 50 B & 40, Stollberg 100 B & 35, Stabenagen 400 B & 35, Sommerfeld 500 B & 40, Schöpphitz 100 H & 45, 100 B & 30, Strasburg i. b. H. 800 B & 40, Satow 50 A & 25, Schönebeck 150 B & 30, Siegen 400 K & 10, Schindau 400 H & 35, Spremberg 500 B & 40, 500 L & 10, Schönebeck 400 B & 45, 50 A & 25, Stribitz 200 K & 40.

Treibitz 100 B & 30 A, Tempin 200 B & 40, Trauenstein 200 A & 25, 1000 L & 10, Treptow, a. d. Tollenze 200 B & 40, 600 B & 35.

Werben 50 B & 35 A, Wölschted 400 B & 35 A, Wermelskirchen 50 B & 50, Waldenburg 200 B & 40, 40 E & 150, Wäfers 100 B & 35, 100 B & 45, Wittenberg 1600 B & 45, Wüstebauern 200 B & 40, 50 A & 25, Wilsnack 100 B & 35, Wittenberg 50 B & 35, Wüstebaden 300 B & 40, 300 A & 25, Wülst 100 B & 40, Wülsten a. d. Mühe 200 B & 45, Wüthenagen 80 B & 30, Wüthenagel 200 B & 50, 5 E & 300, Walsrode 10 E & 150, Weidenberg 200 B & 35, Wollin i. S. 50 B & 50, 50 B & 30, 50 A & 25, Wöngrowitz 300 B & 40, Werben 1000 B & 10.

Zwönitz 30 A & 25 A.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingelangt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Karl Witt-Berlin (45 280), M. Zimmermann-Mußrotz (120 041), Gg. Geiser-Bronberg (124 417), Carl Hainichen-Zöndenburg (139 440), Franz Papendorf-Neubrandenburg (147 857), Josef Hand-Wschaffenburg (177 711), Fr. Schaller-Gengenbach (199 792), Franz Roth-Josen (245 687), August Wohaup-Militz (229 060), Wilh. Göttes-Grefeld (355 655), Eogar Engel-Görlitz (384 066), Wilh. Korreut-Leutitz (361 998), Ernst Wehrmann-Gibing (176 991), Rich. Marier-Gibing (399 665), Jos. Heid-Wülst (400 039), S. Hartmann-Osabrück (478 027), Rich. Hüner-Schwitz (420 370), Wilh. Klein-Walemal (33 448), Andr. Krel-Sof a. d. S. (164 011), Ph. Kremer-Gien (223 865), Ed. Schwimberg-Göln (260 544), Fr. Wankse-Berlin (375 038), Jacob Deuter-Karlruhe (406 869).

Gründen ist das Verbandsbuch des am 2. Dezember 1899 zu Neubrück geborenen Kollegen Adolf Henschel. Das Buch kann vom Vorstand des Zweigvereins Feutenroda abgefordert werden.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein Berlin: Paul Gärner (Verb.-Nr. 4901); Coblenz: Theodor Volkmann (484 168), Heinrich Freis (484 215), Anton Schaal (484 168), Peter Müller (484 162), Jakob Gabn (484 183), Josef Gabn (484 060), Anton Gabn (484 244), Peter Strämer (484 101), Johann Schmelzer (446 965); Greifeld: Johann Lingen (355 830), Peter Hüppers (489 462), Michael Reich (284 767), Andreas Gries (439 500), Peter Gries (178 735), Julius Giger (355 832), Wilhelm Nierenhöfer (351 128), Wier Schwärds (178 748); Leipzig: Traugott Dehlig (158 729), Johann Schulz (38 109), Gustav Taubert (35 487), Hermann Hünger (36 013); Markgrafische: Paul Sellert

(914 481); Mühlhausen i. Gf.: Friedrich Gagner (303 628); Nebra: Karl Standie (338 321); Nordenham: Johann Schröder (58 971); Neuburg: Franz Drapag (360 841). NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen richtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Um Angabe ihrer Adresse ersucht der Zweigverein Trier: Philipp Schäfer (Verb.-Nr. 818 288), Heinrich Koch (276 139), Jakob Kraft (309 729); Neunkircher: Hermann Frey, geb. am 14. November 1886 zu Voltenhagen (198 193); Guttin: Clemens Stod, geboren am 22. November 1885 zu Dörschold (362 345); Berlin: Hermann Wehrndt, geboren am 27. März 1859 zu Schwedt a. d. Oder.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Organes. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressveränderungen nur dann für die laufende Nummer verbindlich sind, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Gau Magdeburg. (Bezirkskonferenz in Halberstadt.) Auf der am 10. November in Halberstadt tagenden Konferenz waren 13 Zweigvereine vertreten, 7 Zweigvereine hatten keine Delegierten entsandt.

Im Bericht des Gauvorsstandes führte der Gauvorsitzende die Frage über mangelhafte Ausführung der Quartalsberichte, sowie über die Unterlassung der monatlichen Abführung von Hauptkasseneingängen und über vielfach verbleibende Gaubeiträge. Auch mußten, um Inregelmäßigkeiten vorzubeugen, die §§ 5 b und 25 des Statuts besser durchgeführt werden als bisher. Außerdem erläuterte Kollege Koch die von der Generalversammlung beschlossenen Bildungsstufe, in der Distrikte bemerzte der Wittenburger Delegierte, daß sich der vom Gauvorsitzenden angeführte Beitrag Wittenburgs ausgleiche mit den in früheren Jahren zu viel geleisteten Gaubeiträgen. Der Delegierte aus Nieder schloßte vor, daß die Restsumme für Agitation aufgerechnet sei; er sei aber durch die Ausführungen Kochs belehrt und würde sorgen, daß die fehlende Summe nachträglich eingekampt werde. Im zweiten Punkt, Bericht der Delegierten über die Arbeitsgelegenheit, ergibt sich, daß die Konjunktur, mit Ausnahme der in Luedditz, im verfloßenen Sommer nicht gut gewesen ist. In einzelnen Orten waren die Kollegen auf Abwanderung angewiesen. Beim Punkt Agitation erörterte der Gauvorsitzende in längerer Rede das stete Wachsen des Verbandes, doch bleibe noch viel zu tun. Die Gausagitation dürfe nie erlahmen; viele Kollegen seien noch zu organisieren. Mit den Einzelheiten der Gausagitation sollten sich die Zweigvereinsvorstände in Sitzungen beschäftigen. Nach der Mittagspause berichteten die Delegierten, daß die Extrabeiträge allerorts mit geringen Ausnahmen gezahlt wurden. Ueber: „Stellungnahme zur nächstjährigen Lohnbewegung“ referierte Kollege Koch. In der Hand ausführlicheren Rohmaterialien wies er auf die Grundverhältnisse im verfloßenen Jahre hin und kritisierte die Beschlüsse, die der deutsche Arbeitgeberverband für das Bauergewerbe auf seiner Generalversammlung am 21. Oktober dieses Jahres zu Berlin faßte. Bei bevorstehenden Lohnbewegungen solle zu den Besprechungen der Gauvorstände hinzugezogen werden, das sei eine Bestimmung des Streitreglements im § 1, die nachdrücklich befolgt werden müsse. In der sich anschließenden Diskussion wurde den Ausführungen des Gauvorsitzenden zugestimmt. Nachdem Kollege Koch im fünften Punkt der Tagesordnung, internationale Beziehungen, die Stuttgarter internationale Konferenz und die Vorzüge des dort beschlossenen, 1910 zur Ausgabe gelangenden neuen Mitgliedsbuches geschiedert hatte, gab er unter „Allgemeines“ den leitenden Kollegen den Rat, von jeder Nummer des „Grundstein“ ein Blatt zurückzulassen, um die Bekanntmachungen des Hauptverbandes verfolgen zu können. Nach einer regen Diskussion wurde die Konferenz mit einem anfeuernden Schlußwort des Kollegen Koch geschlossen.

Eine ähnliche Konferenz mit derselben Tagesordnung fand am 17. November in Wernburg für den südlichen Gebietsteil des Gaus statt. Von den 16 Zweigvereinen, die hier in Frage kommen, waren 14 vertreten, Mäleben und Warby fehlten. Auch auf dieser Konferenz wurde die Bunttätigkeit im verfloßenen Sommer ungünstig beurteilt. Die Mitgliederbücher der Zweigvereine sind ziemlich unverändert geblieben. Die Anregung des Gauvorsitzenden, die Berichte der Gemeindeverwaltungen über die Bunttätigkeit und die Berufs- und Gewerbebeschäftigung ist hoffentlich auf fruchtbaren Boden gefallen.

Am 24. November tagte die Konferenz für die Zweigvereine der Altmark, die alle, bis auf Zerichow, vertreten waren. Die Mitgliederbewegung ist im allgemeinen gut, nur Arneburg und Seehausen machen eine unzureichende Ausnahme. In der Diskussion wurde besonders über die Landagitation gesprochen. Auch diese Konferenz dürfte gute Anregungen gegeben haben.

Mittheil. Am 17. November hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab, die ebenso wie die vorige, sehr reichlich besucht war. Es waren noch nicht einmal 20 Mitglieder erschienen. Die Kollegen von Witzel und Umgegend scheinen es überhaupt nicht für nötig zu halten, ihre Versammlungen zu besuchen und geben viel lieber anderen Beschäftigungen nach. Die eingelaufenen Schriften und Briefe wurden vom Vorsitzenden verlesen und, soweit notwendig und möglich, auch sofort erledigt. Beschlossen wurde, in den beitragsfreien Wintermonaten jede Woche eine Lotoskassensamle von 10 s zu haben. Die Abrechnung für Monat Oktober wurde vom

Kollegen Reifele befehen und für richtig befunden. Die nächste Versammlung findet am 15. Dezember statt. Die Kollegen werden dringend gebeten, zu dieser zahlreicher zu kommen als zu den bisherigen.

Alt-Gesell und Umgegend. (Ein Wort an die Mitglieder des Zweigvereins.) Die Arbeitszeit ist die bangherbeilichste Arbeit ist über, um einer anderen, nämlich der Hungerzeit, Platz zu machen. Der Winter und mit ihm nicht geringe Sorge naht. Mit welchen Hoffnungen mag mancher Kollege im Frühling sein Werkzeuge zur Hand genommen und Sparvorläge gefaßt haben; aber sehr wenig wird es gelungen sein, einen Rest für die magere Zeit zurückzulassen. Tausende von Mauern müßten schon im Sommer dank unserer bekehrten Gesellschaftsordnung an Hungerstöße nagen. Der Familienvater, der den ganzen Sommer hindurch die Weiten von Weib und Kindern getrennt in der Fremde verbrachte, kehrt zu seinen Lieben und Bekannten zurück, um in ihrem Kreise wieder ein paar glückliche Stunden zu verbringen. Aber wir wissen, daß dies nur wenigen gelingt, die große Mehrzahl der Kollegen ist darauf angewiesen, sich außerhalb ihres Berufs Arbeit und Verdienst zu suchen. Mit dem heranziehenden Winter ist auch wieder die Zeit herangekommen, wo die Agitation mit dem größten Eifer betrieben werden muß. Die Kollegen, die jetzt noch dumm und gefühllos ihren eigenen Leiden und denen der Kollegen gegenüber stehen, müssen in diesem Winter gewonnen werden. Die Pflicht der Selbsterhaltung sowohl als auch die brüderliche Menschenliebe zwingen die fortgeschrittenen Kollegen zur Aufhebung aller Kräfte für die Verbreitung und Vertiefung unserer Ideen, zur Organisierung des großen Kampfes um bessere Arbeitsbedingungen, um das Recht der Arbeit, um die Gestaltung einer neuen, besseren Gesellschaftsordnung. Energetisch und anhaltend, mit überzeugenden Argumenten, die wir jetzt durch die neuen Vorlagen in Hülle und Fülle haben, müssen wir agitieren. Zeigen wir an der Hand von Beispielen unseren jetzt noch indifferenten Kollegen die so sehr erbärmlichen Verhältnisse, in denen die gesamte Arbeiterschaft lebt, und zeigen wir auch unseren Kleinbauern, wie sie durch die alljährliche Ueberflutung und überdurchschnittlichen Preisen, die sie durch ein gemeinsames Zusammenwirken aller Unterdünckten, Verbesserungen geschaffen werden können. Auf diese Weise muß unsere gewerkschaftliche sowie politische Organisation stark werden, um allen Kämpfen gewachsen zu sein. Um den Anforderungen einer solchen Agitation gerecht zu werden, ist in erster Linie ein besseres Zusammenwirken der Kollegen erforderlich als es bis jetzt vorhanden war. Die Kollegen müssen einsehen, daß von unseren Feinden offen und geheim Propaganda gemacht wird, für die Ermäßigung der ohnehin schon kärglichen Rechte der Beisitzenden. Unabhängig wählen die Reaktionsäre aller Schattierungen gegen das Vereins- und Versammlungsrecht. Gegen solche Zustände auf das nachdrücklichste mittels der Organisation anzukämpfen und eine bessere Weltordnung zu erstreben, das ist die unabweisbare Pflicht aller Proletarier. Vor länger als zwei Jahren kämpften wir in unserem Dorfe um unser wichtigstes Recht. Damals ist es uns gelungen, einen Saal zu unseren Versammlungen zu erhalten. Doch der heilige Amtsvorsteher griff mit oberhöchlicher Manier ein und zerstörte den schönen Traum der Arbeiterschaft, sich auch in Alt-Gesell einmal als freie Bürger zu fühlen, die nicht nur Steuern zahlen, sondern ebenso wie die anderen, zum Beispiel die Kriegereingetragenen, ihr gesetzlich gewährte Recht, ihr Versammlungsrecht, ungehindert ausüben dürfen. Der Artikel 29 Absatz 1 der Verfassung lautet: „Alle Bürger sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.“ Obgleich sich nun alle Bewohner des Landes, des Amtsvorstehers wie der Arbeiter, der Verfassung zu fügen haben, hat damals der Amtsvorsteher dem Willkür die Langzeitbarkeit usw. bestränkt. Das Ende vom Viere war, daß Gastwirt Modla keine Habseligkeiten hatte und unserem Dorfe Balet sagen mußte. Seit dieser Zeit geht der Kampf mit wenigen Ausnahmen ununterbrochen fort. Der erste Nachfolger hat keine gemacht, nach ihm ist jetzt der dritte Gastwirt da. Aber die Schilfen werden bei dem neuen Gastwirt von neuem angewendet. Solch ungesetzliche Zustände schreien zum Himmel! Wie jedes Lebewesen, wie auch der Baum sich krümmt, wenn er getreten wird, so wendet sich auch die getretene Arbeiterschaft gegen diese Maßnahmen des Amtsvorstehers. Kollegen! An Euch liegt es jetzt, zu handeln, sobald die Parole zum Vorkopf ausgegeben wird. Dann zeigt, daß Ihr nicht müde geworden seid, zeigt, daß das Wort Solidarität kein leeres Schall ist; zeigt, daß der Gastwirt von uns lebt und nicht vom Amtsvorsteher; zeigt, daß Ihr mit ebenso viel Mut und Besonnenheit wie Ernst und Entschlossenheit in den Kampf eintrittet, den man uns aufgegeben hat. Kein klaffenbewußter Arbeiter verkehrt in einem Saal, das uns zu Versammlungen nicht zur Verfügung gestellt wird. Weidet streng alle Lokale, deren Wirte vor dem Amtsvorsteher auf dem Wauche rutschen und die Arbeitern ihre Rechte borenhalten. „Einer für alle — alle für einen!“ sei unsere Losung. Ganbel danach und unser ist der Sieg.

Werts. Die Sektion der Gips- und Zementbranche hielt am 8. November eine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Paul Hofman und Wilhelm Hiede durch Erheben von den Kollegen geehrt. Dann erstattete der Kassierer Werfel den Kasseebericht vom dritten Quartal. Inklusiove des alten Verbandes von 18 884,50 beträgt die Einnahme M 85 083,35, die Ausgabe M 20 390,96, der Bestand der Kassa M 14 672,39. Von den Ausgaben entfallen M 7133,25 auf die Lokalfolge, hier von für Mietunterstützung M 4004 ausgegeben; M 18 257,71 sind an den Zweigverein abgeführt. Für Extrabeiträge sind eingegangen M 1893,80. Die Mitgliedszahl betrug am Schlusse des dritten Quartals 2353. Von den Mitgliedern sind Nabitpüber 693, Nabitpänner

458, Zementierer 326, Einshaler 349, Puderträger 204 und Hülfsarbeiter 323. Die Abrechnung von der Lohnbewegung schließt in Einnahme und Ausgabe mit M 107 497,95. Von der Einnahme kamen aus der Hauptkassa M 72 601,35, M 4497,50 aus der Lokalfolge, M 30 399,10 wurden durch die Streikbeiträge der arbeitenden Kollegen aufgebracht. Streikunterstützung wurde gezahlt an 1003 verheiratete Mitglieder M 87 652,55, an 254 ledige M 14 998,20. Als Entschädigung an die Kontrollstellenleiter wurden M 813,20 ausgegeben. Im Streikergebnis eingetragen sind 1500 Kollegen, davon waren verheiratet 1198, die 1909 Kinder hatten. Ingesamt kommen 37 845 Streikzüge mit einem Lohnausfall von M 245 992,50 in Betracht. 102 Kollegen sind abgereist. Von den im Streikverzeichnis eingetragenen Mitgliedern entfallen auf die Gruppe der Nabitpüber 28, Nabitpänner 283, Zementierer 165, Träger 143, Einshaler 247 und Hülfsarbeiter 229. Auf Antrag der Meistoren wurde dem Kassierer für beide Abrechnungen einstimmig Decharge erteilt. Im Anlaß auf die Abrechnung bemerkte der Vorliegende, daß sich leider einzelne Kollegen jetzt weigern, die Streikbeiträge zu bezahlen. Ausgeschlossen ist es jedoch, daß man diesen faulen Kollegen die Beiträge erläßt, so schwer es ihnen bei der jetzt herrschenden Mißere auf dem Arbeitsmarkt auch fallen möge, die rückständigen Beiträge zu begleichen. Solche Kleinigkeiten können den Stamm der Organisation in keiner Weise schwächen. Unser Verband habe der Sektion gegenüber in vollem Maße seine Schuldigkeit getan. Es sei wahrscheinlich, daß auch im nächsten Jahre außerordentlich hohe Ansprüche an den Verband gestellt würden, denn es scheint, als wenn die Unternehmer den Ablauf der Tarifverträge in vielen größeren Städten und Wohngebieten am 1. April 1908 zu einer Aussperung ausbauen wollten. Es sei darum notwendig, daß sich der Verband auf solche Kämpfe vorbereite. Wenn man nun auch zugeben müßte, daß die Kollegen in diesem Jahre mehr als je angestrengt wurden, so fordere doch schon der Selbsthaltungstrieb, daß man sofort wieder für eine weitere Stärkung der Kampfmittel Sorge und die vom Verband ausgehenden Extrabeiträge willig und gern bezahle. Neben wies auf die großen Summen hin, die der Verband in den letzten drei Jahren für Lohnkämpfe ausgegeben hat. Die großen Erfolge, die in den verschiedenen Teilen des Reiches sowohl für die Maurer, wie für die Spezialbranchen, und nicht zuletzt für unsere Sektion, erzielt worden sind, sowie die übrigen schätzenswerten Leistungen des Verbandes seien Beweise dafür, daß sich die Beiträge der Mitglieder reichlich vergelten. Alles dies müßte für jeden Kollegen Grund genug sein, seine Verpflichtungen der Organisation gegenüber zu erfüllen. Die Ausführungen fanden in der Diskussion keinerlei Widerspruch. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde ein Antrag des Bezirks Nixdorf verhandelt, der verlangt, daß Verbandsbeiträge unter neun Wochen im Bureau nicht entgegengenommen werden dürfen. Der Antrag wurde von dem Obmann des Bezirks Nixdorf, Kollegen Korte, begründet. Nachdem mehrere Kollegen dafür und dagegen gesprochen hatten, wurde der Antrag mit großer Majorität abgelehnt, doch wurde ausgesprochen, daß die Kollegen befreit sein sollten, die Beiträge im Bezirk zu bezahlen. Eine Abgeordnete der Puder Wollt Elze, weil er während des Streiks auf einem Ausbau Rohboden gepulst hat, ausgeschlossen wegen Streibüßes wurden die Puder August Elze, August Teske, Karl Teske und Wilhelm Teske. Die Gebrüder Teske haben bei der gepulerten Firma Rudolf Thiele in Tempelhof gearbeitet und sind trotz wiederholter Aufforderung nicht von der Baustelle gegangen, wodurch die Sperre verloren ging. Gleichzeitig wurden noch drei Mitglieder ausgeschlossen, die sich gegen die Interessen der Organisation vergangen haben. Es wurde beantragt, daß die Abstemplung der Arbeitlosenwochen außer im Arbeitsnachweis jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag in den Bezirkslokalen während der Arbeitszeit vorgenommen wird. Ferner machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Verbandskalender für das Jahr 1908 zum Preise von 50 ¢ und auch Willets zur Rezeptoren Sternwarte bei den Bezirkskassierern zu haben sind. Von letzteren kostet das Doppelblatt 80 ¢ und berechtigt zum Bezug eines Lichtbildvertrages sowie zur Benutzung des großen Fernrohres. Er ermahnte die Kollegen, recht regen Gebrauch von den Willets zur Sternwarte zu machen. Zum Schluß wurden noch mehrere Mißstände betreffs der Baubuden bei einigen Firmen zur Sprache gebracht und der Vorstand beauftragt, für Abhilfe zu sorgen.

Coblenz. Nachdem im Juni d. J. mit den hiesigen Unternehmern ein Tarifvertrag abgeschlossen war, wurde auch den Unternehmern der Umgebung der in Coblenz abgeschlossene Tarif zur Anwendung unterbreitet. In einigen Orten wurde er auch anstandslos anerkannt. In Vallendar hingegen kam es zur Arbeitsseinsperrung. Hier wurde noch 11 Stunden bei 38—40 ¢ Lohn gearbeitet. Die klugen Herren hatten herausgesehen, daß man in Vallendar billiger arbeiten könne als in Coblenz, weil man da nicht erst einen Weg von ¼ Stunden zurücklegen brauche und obendrein alle Tage 4 ¢ Brüdengeld spare. Auch meinten sie, es sei doch einzeln, ob die Maurer in Coblenz 10 Stunden auf dem Bau arbeiten und täglich 1½ Stunden Weg machen müßten, oder ob die Maurer für den 1½stündigen Weg in Vallendar 11 Stunden arbeiten würden. Zum Schluß erklärten einige Unternehmer, daß die Maurer in Vallendar gar keine 42 ¢ verdienen, es ist lauter minderwertige Gesellen seien; ein tüchtiger Maurer bleibe nicht in Vallendar. Ein hübsches Zeugnis! Wie wahr aber die Forderung dieser Herren ist, zeigte sich nachher. Unsere Kollegen wurden nach und nach bei anderer Arbeit untergebracht und die, denen das eigenartige Zeugnis der Unternehmer gefallen hatte, acht an der Zahl, wurden zu Streikbrechern. Nun, Glüd haben die Herren „Arbeitgeber“ damit nicht gehabt. Sie zahlten ihren „Arbeitswilligen“ die geforderten 42 ¢, zum Teil sogar 45 ¢ pro Stunde, mußten sich aber trotzdem mit ihren „minderwertigen“ Maurern durchhelfen. Einer dieser Herren hat denn auch schon eine Folge seiner Pfuscharbeiten! — sein Geschäft ausgegeben. Auch in dem nahen Rheinischen Neuwied hatten wir eine Lohnforderung eingereicht. Die Unternehmer versicherten, daß wir zum Abschluß eines Tarifes kämen,

ähnlich wie der in Coblenz abgeschlossene. Es kam aber trotz mehrmaligen Unterhandlungen nichts Vernünftiges zu stande. Als sich die Herren drei Wochen nach ihrer letzten Zusammenkunft noch nicht geäußert hatten, was nun werden solle, beschlossen wir, die Lohnbewegung in Anbetracht der bargehenden Jahreszeit auf das nächste Jahr zu verlagern. Acht Tage nach diesem Beschlusse lief nun ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes ein, wonach die Unternehmer im Jahre 1908 einen Durchschnitt von 45 ¢ für einen tüchtigen Gesellen und einen unannehmbaren Dinge mehr zuhielten. Für uns war aber trotzdem für dies Jahr die Angelegenheit erledigt. Was aber der Arbeitgeberverband sonst für „praktische Arbeit“ leistet, verdient hier noch besonders hervorgehoben zu werden. So wurde beschlossen, keinen Arbeiter einzustellen, der bei einem Neuwieder Unternehmer die Arbeit niederlegt hat, er muß vorher erst in einem anderen Orte gearbeitet haben. Der Vorsitzende der Unternehmer, Herr Aug. Meyerle, tut sein Möglichstes, um diesen „humanen“ Beschlusse durchzuführen. Zu bemerken ist noch, daß in Neuwied alle Unternehmer 42 ¢, zum Teil sogar 44 bis 47 ¢ pro Stunde zahlen; nur der Verbandsvorsitzende zahlt 38 bis 40 ¢ pro Stunde. Warum der Herr so geringe Löhne zahlt, mag beifolgende Submissionsliste zeigen. Zur Herstellung einer Unterführung am Bahnhof in Neuwied waren die Erd- und Maurerarbeiten zur Vergütung ausgeschrieben worden. Es forderten u. a. A. Meyerle-Neuwied M 6041, J. Becker-Coblenz M 8498, P. Klein-Vallendar M 9170,50 und Hermann-Altenkirchen M 10 705. Meyerle erhielt die Arbeit. Wie sogar Beamte befähigt sind, die Arbeiter zu Slaven dieser Herren herabzuwürdigen, beweist folgender Vorfall. Am 11. November rief der Bahnbauassistent Schwanz einen unserer dort beschäftigten Kollegen zu sich. Der Kollege ging dem Menschen aber zu langsam; deshalb rief er: „Laufen Sie, laufen Sie!“ Unser Kollege sagte, dies habe er wohl doch nicht nötig, zumal bei einem solchen Lohn. Da verlangte der Schwanz, daß unser Kollege nicht mehr bei Arbeiten an der Bahn beschäftigt werden dürfe. Damit war die Geschichte aber keineswegs erledigt. Die anderen Kollegen, denen der Lohn zu gering war, sehnerten sich schon nach anderer Arbeit. An dem genannten Tage konnten fünf Kollegen an einer anderen Arbeitsstelle circa zwei Stunden von Neuwied Arbeit zu höherem Lohn erhalten. So ging nun der Kollege, der nicht mehr beschäftigt werden sollte, mit noch vier anderen am folgenden Tage dort hin. Aber sie hatten die Rechnung ohne den Bahnbauassistenten Schwanz gemacht. Die dortige Arbeit ist auch wahrhaftig, und so eruchte der Schwanz seinen Kollegen, doch dafür zu sorgen, daß die von Meyerle kommenden fünf Mann nicht eingepflichtet würden. (Die Kollegen waren am Montag für die Arbeit angenommen.) Das wurde dann natürlich auch prompt besorgt. Die Leute sehnerten sich nach der guten alten Zeit, wo der Maurer, wenn er freiwillig die Arbeit niederlegte, Stadtbeweis erhielt. Hoffentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß die Kollegen in unserem Zweigverein dafür sorgen, daß bis zum Frühjahr kein einziger unorganisirter Kollege mehr vorhanden ist, um so durch die Macht der Organisation den Leuten zu zeigen, daß sie keineswegs gewillt sind, sich und ihre Familie zum Spielball der Launen einiger übermütiger Burden machen zu lassen. Nicht slavische Furcht und Hundedemut, sondern entschlossenes Auftreten, gestützt auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands, führt zum Ziel.

Cöln. (Sie fügte wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip. Dr. Siegl.) In der Nummer 46 der „Baugewerkschaft“ erscheint unter Cöln ein Bericht, der sich zunächst mit einer Puderversammlung beschäftigt, die seitens des christlichen Bauhandwerkerverbandes einberufen war. Ueber den Verlauf dieser Versammlung haben wir bereits in der Nr. 44 des „Grundstein“ berichtet und möchten nur noch bemerken, daß die in dem Bericht der „Baugewerkschaft“ benannte Resolution keineswegs von Pügern angenommen ist, denn es waren nur 7 Püger unter den 56 Versammlungsbesuchern dort, sondern von Schuftern, Schneidern, Holzarbeitern usw., die noch nicht einmal mit dem Baugewerbe in nähere Beziehungen kommen. Es heißt dann aber in dem Bericht weiter, daß ähnliche Mißstände, wie sie angeblich bei den Pügern bestehen, auch durch die Schuld der frei organisierten Arbeiter bei den Plattenlegern beständen. Daß innerhalb des Plattenlegergewerbes Mißstände vorhanden sind, haben wir schon oft festgestellt, auch im dritten Quartalsbericht ist darauf hingewiesen worden. Wenn aber der christliche Scribist schreibt, daß diese Mißstände von uns noch gefördert würden, so ist dies eine Lüge ganz gemeiner Art. Wir möchten ihn denn doch einmal fragen, ob er etwa schon einmal einen Finger gerührt hat, um die Verhältnisse im Plattenlegergewerbe zu verbessern? Die Verantwortung dieser Frage dürfte ihm, wenn er sich nicht abermals verjüngen will, schwer fallen. Bisher sind es die Christlichen gewesen, die den Unternehmern Vorschlag geleistet haben. Wir möchten da auf die am 13. Juli stattgehabene Sachverständigenkommission für das Plattenlegergewerbe hinweisen, wo es ein Vertreter der Christen vorzog, zu schwänzen, und zwar, weil er zu feig war, die Mißstände, unter denen er selbst und seine Kollegen tagtäglich zu leiden haben, zu kritisieren und dafür zu sorgen, daß sie abgestellt werden. Ferner betonen wir nochmals darauf, daß unferstes mit dem christlichen Verbande Mißsprache genommen wurde, geweds Abhaltung einer gemeinschaftlichen Versammlung, um einmal öffentliche Stellung zu den Mißständen zu nehmen. Dies haben die Christen, namentlich Bohn, nachdem er mit Becker darüber gesprochen hatte, rundweg abgelehnt. Hiermit haben diese Selben öffentlich dokumentiert, daß ihnen das gegenwärtige Verhältnis im Plattenlegergewerbe sehr angenehm ist. Auch muß konstatiert werden, daß gerade in dem Geschäft, wo die Selben für Wahrheit und Recht in der Mehrzahl sind, die miserabelsten Verhältnisse herrschen. Dort wird fast kein Stück Arbeit mehr zu den tariflichen Bestimmungen ausgeführt. Der noble Geselle kommt dann ferner in seinem Bericht auf das Geschäft Hofensfeld & Comp. zu sprechen und glaubt konstataieren zu müssen, daß wir für dies Geschäft, wo im Tagelohn gearbeitet wird, die Einführung der Akkordarbeit beschlossen hätten. Der Wunsch ist ja hier wieder einmal der Vater des Gedankens gewesen. Man sucht selten einen hinter der Ecke, wenn man nicht selber dahinter gesehen hat; dies trifft auch für die Christlichen zu. Wir konstataieren hier, daß weder in Ver-

sammlungen noch in der Schlichtungskommissionsstimmung — wo die Christen wieder durch Abwesenheit glänzten — ein derartiger Beschluß gefaßt worden ist. Es ist auch keineswegs von den einzelnen Kollegen, wie es zwischen den Zeilen der „Vaugewerkschaft“ zu lesen ist, gefordert worden, daß man dort die „Arbeitsarbeit“ einführen solle. Wir rechnen es uns als eine Ehre an, daß es eine der vornehmsten Forderungen unserer Organisation ist: Aufhebung der „Arbeitsarbeit“. Nicht so ist es bei unseren Christen. Wir dürfen nur noch an den Streit, der im vergangenen Jahre geführt wurde, erinnern, wo damals die endgültige Vereinfachung der „Arbeitsarbeit“ durch die Tat der Christen bereitwillig worden ist. Der Streit hatte eben anderthalb Wochen gedauert, als schon von jener Seite zum Rückzug geblasen wurde. Man wollte, wenn nicht bald eine Veränderung eintrat, persönlich eine Veränderung schaffen; das wäre auch gegangen, wenn man den Christen freies Spiel gelassen hätte. In diesen Beispielen mögen unsere Kollegen wieder einmal sehen, auf welcher Seite ihre Interessen gewahrt werden. Wir haben dies bereits bei der Interzessionsversammlung festgestellt, ohne daß die Christen das Gegenteil beweisen haben, und können es auch heute bei den Plattenlegern betätigen.

Öbungen. Mittwoch, den 20. November, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mauererversammlung ab, die ziemlich schlecht besucht war; von 36 Kollegen waren nur 18 erschienen, trotz der wichtigen Tagesordnung. Der Vorsitzende behandelte zunächst die Interessiertheit der Kollegen, wovon mehrere auch den Ertragsbeitrag noch nicht bezahlt haben, trotz aller Auffklärung über die Notwendigkeit derselben. Sie werden es zu spät gewahr werden, daß sie sich ins eigene Fleisch schneiden und ihre Rechte und Ansprüche an den Verband verlieren. Dann erstattete der Delegierte vom Gewerkschaftsamt Bericht und legte den Kollegen ans Herz, bei der demnächstigen Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer ihre volle Pflicht zu tun. Unter „Verschiedenes“ erinnerte der Vorsitzende die Kollegen an die Bibliothek, die der Zweigverein besitzt, und ermahnte, recht regen Gebrauch davon zu machen und ebenso auch den „Grundstein“ zu studieren. Dann wurde wohl auch die Solidarität unter den Kollegen getätigt und somit der Verein aktionsfähig werden. Nachdem die Kollegen ernstlich an ihre Pflichten in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung erinnert worden, wurde die Versammlung geschlossen.

Eisenach. Nach den Lohnbewegungen der Textilarbeiter in der Sammgarnspinnerei und der Metallarbeiter in der Fahrzeugfabrik glaubten die Christlichen, die Zeit sei gekommen, wo sie auch die hüttingischen Arbeiter mit ihrer Zerplittertheit „besänftigen“ könnten. Ihre Bemühungen zeitigten dann schließlich den Erfolg, daß sich hier in Eisenach Zahlstellen von einigen christlichen Verbänden bildeten, die sich zu einem Kartell zusammenschlossen. Ihre Leitung wurde dann einem Sekretär Butscher übertragen. Es scheint, als ob sie sich mit ganz besonderer Vorliebe an die Werkmeister und Polierer heranmachen, von denen sie Förderung durch den bekannten „sanften Druck“ erwarten. Soweit dies etwa an unseren Mitgliedern versucht werden sollte, wollen wir gleich von vornherein erklären, daß wir diese Vorfälle in jedem Falle zur Nachsicht ziehen werden. Wonach sich zu richten! Vor ungefähr acht Wochen fand hier eine öffentliche Versammlung der Christen statt, in der der frühere Gärtner und jetzige Bergarbeiter-Generalsekretär Behrens über die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sprechen wollte. Da von den freien Gewerkschaften niemand hinging, so war die Versammlung geradezu läpplich besucht. Nun fand am 14. November wieder eine solche Versammlung statt. Diesmal sprach besagter Herr Behrens über den „hattegefundenen Song der „christlich-nationalen“ Arbeiter. Der Besuch war auch ein besseher; wie wir vermuten, haben einflußreiche Gönner für die Versammlung agitiert, denn von den Besuchern gehörten neun Zehntel den sogenannten „besseren Ständen“ an. Die Gönner wir ihm natürlich sehr gern. Seine Redensarten können nur bei politischen Kindern wirken. Wer sich Welt und Menschen mit offenen Augen ansieht, lächelt höchstens über diese komischen Käuze. Nach diesem Bergmanns-Gärtner ließ ein Maurer Kasse aus Rosen, Eisen, Schwadl los. Dieser Mann hat sicher das von ihm vertretene Christentum recht schön und sinnig eingeführt. Er sagte, der Erzurter Maurerpreis wäre abgebrochen worden, weil die Hauptkassette finanziell erschöpft gewesen sei. Daß dies eine Unmöglichkeit ist, brauchen wir nicht erst lange darzutun. Wir können einfach auf den bald erscheinenden Massenrapport der Hauptkassette vom dritten Quartal vorweisen. Es zeigt sich aber auch hier wieder, wie die Christlichen mit ihrer Agitation überall auf Lüge und Verleumdung angewiesen sind. Zu solchen Gegnern können wir uns gratulieren.

Gera. Am 21. November fand eine Versammlung des Zweigvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Karl Schwarz in der üblichen Weise gelehrt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß er den Gauleiter, Kollegen Jakob, gebeten habe, uns einen Referenten zu stellen, er hätte es aber abgesehen, zu erscheinen. Der Vorsitzende verlas das Antwortschreiben. Die Diskussion hierüber wurde zurückgestellt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Robert Knoll das Resultat der Bauzinstatistik vom 29. und 30. Oktober bekannt. Es waren an Bauten vorhanden 70; davon waren 60 Neubauten und 14 Reparaturbauten. Die Bauten wurden von 33 Unternehmern ausgeführt. Beschäftigt waren dabei 47 Gesellen, 51 Polierer und 54 Lehrlinge. An Lohn erhielten: 1 Gefelle 35 s., 1 Gefelle 39 s., 1 Gefelle 41 s., 1 Gefelle 42 s., 3 Gefellen 43 s., 3 Gefellen 44 s., 339 Gefellen 45 s., 89 Gefellen 46 s., 7 Gefellen 47 s., 14 Gefellen 48 s., 7 Gefellen 50 s., 1 Gefelle 52 s. und 1 Gefelle 55 s. Davon waren organisiert 47 Gefellen und 21 Polierer. Von 6 organisierten und 25 nichtorganisierten Polierern konnte der Lohn nicht festgelegt werden. Die Neubauten waren auf 14 Bauten gut, in 8 Wuden herrschten geradezu unhaltbare Zustände, in 20 Wuden war keine Dichtung vorhanden. Offen waren nur in 6 Wuden. Der neue Ministerialerlaß war nur in 6 Wuden ausgehängt. Winddicht waren 10 Wuden. Auf 3 Bauten war

überhaupt keine Bude vorhanden. Die Gerüste waren im allgemeinen gut. Auf 5 Bauten war keine Treppenschuttbauvorrichtung. Unfallverhütungsvorrichtungen fehlten auf 4 Bauten. Von den Abkoten waren 9 schlecht; eine Abkotttür war aus Eisen zusammengefügt. Auf sämtlichen Bauten des Maurermeisters Siegel wurde uns der Zutritt verweigert. In der sich anschließenden Debatte wurde den Kollegen ans Herz gelegt, mit dafür zu sorgen, daß diese Mißstände endlich beseitigt werden. Ganz unverständlich aber fand die Verammlung das Vorgehen des Maurermeisters Siegel, der den Kollegen den Zutritt zu seinen Bauten unter sagt hat. Nach einer heftigen Kritik über diese Handlungsweise wurde der Vorstand beauftragt, beim Arbeitgeberverband und bei der Innung Beschwerde gegen Siegel zu führen. Zum Schluß kam die Antwort des Gauleiters zur Diskussion. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag gestellt, das Antwortschreiben an den Hauptvorstand zu schicken und Beschwerde über den Kollegen Jakob zu führen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Göppingen. Am 8. November tagte hier eine gut besuchte außerordentliche Mauererversammlung im Lokal „Drei Könige“, zu der unser Gauleiter, Kollege Stolle aus Stuttgart, erschienen war. Zunächst erstattete Kollege Dangelmaier als Kassierer den Kasienbericht vom dritten Quartal. Auf Antrag der Revisoren, die die Kasse geprüft und für richtig befunden hatten, wurde er entlassen. Dann hielt unser Bauvorstand ein Referat über die Schädlichkeit der „Arbeitsarbeit“ im Baugewerbe, wobei er die Kollegen besonders ermahnte, unter keinen Umständen „Arbeitsarbeit“ anzunehmen. Der Vorsitzende, Kollege Bürger, führte aus, daß bis jetzt die „Arbeitsarbeit“ im Zweigvereinsgebiet nicht, oder doch nur selten anzutreffen sei, er ist in letzter Zeit habe ein Kollege Michael Angelt besucht, sie hier in Ordnung zu bringen. Anerseits wird dieser Kollege als ein Versuchsanwender der Unternehmer betrachtet, um unsere noch junge Organisation zu zerstören. Das würde aber den Unternehmern nicht gelingen. Nur eine Schande sei es, daß sich ein Kollege dazu hergebe. Hierauf wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, jeden Kollegen, der künftig in „Arbeitsarbeit“ rüchsigeltes auszusprechen. Außerdem wurde beschlossen, daß die Mitglieder, die über die beitragsfreie Zeit hinaus als Maurer beschäftigt sind, wöchentl. einen Lokalbeitrag von 10 s. zu zahlen haben.

Gronau. Am 17. November tagte unsere Mitglieder-versammlung, die zunächst den Kasienbericht vom dritten Quartal entgegennahm, gegen den Einwendungen nicht erhoben wurden. Kollege Grastorf rügte, daß einige Mitglieder die Lokalbeiträge nicht voll bezahlt haben. Es wurde nun den Schuldgeleitern zur Pflicht gemacht, streng darauf zu achten, daß die Bücher in Ordnung sind. Dieser Sache folgte eine Besprechung über das Baudelegiertenwesen, das sehr im Argen liegt. Hoffentlich wird es nun besser. Vom Vorstand wurde über eine gemeinsame Sitzung der drei kartellierten Bauberufe berichtet, bei der es sich um eine Zeugniszulage handelte. (Aus dem Bericht ist nicht zu ersehen, ob eine solche gewährt ist. Die Red. d. „Grundstein“.) Dann folgten Beschwerden über Mitglieder, die sich weigern, ihre Bücher auf dem Bau zu zeigen. Dem Vorstand wurde ausgegeben, den Genossen Leinert in Hannover zu ersuchen, in unserer nächsten Versammlung zu referieren. Dann ist aber nötig, daß die Kollegen zahlreicher erscheinen, als es in dieser Versammlung der Fall war. Das Kartenspielen und Herumhocken in arbeiterfeindlichen Wirtschaften sollte dann einmal unterbleiben. (Wir ersuchen die Schriftführer, bei künftigen Berichten größeren Zwischenraum zwischen den Zeilen zu lassen, sonst werden sie nicht veröffentlicht. Die Red. d. „Grundstein“.)

Groß-Jümmern. Am 17. November fand bei uns eine öffentliche Mauererversammlung statt, in der Kollege Hermann aus Frankfurt a. M. referierte. Einleitend besprach Kollege Hermann die von bürgerlicher Seite einberufene Versammlung, in deren Bekanntmachung es heißt, daß Sozialdemokraten vom Besuch ausgeschlossen seien. Während wir erklären, wie die Schäden der gegenwärtigen Lage von den Arbeitern abgemindert werden können, berät diese sogenannte „bessere“ Gesellschaft, wie man durch neue Flotten, Militärs und Kolonialausgaben den Arbeitern neue Lasten aufbürdet. Dann verbeilete sich der Referent über die gegenwärtige Geschäftslage. Er erläuterte das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, bei der es ein fortwährendes wellenförmiges Auf und Ab, ein kändiges Schwanken zwischen Prosperität und Krise gäbe. Gegenwärtig ständen wir am Anfang einer Krise und besonders mache sie sich fühlbar und drücke auf die Lage der Arbeiter. Der Arbeiter müsse darum nicht allein in der gewerkschaftlichen, sondern auch in der politischen Organisation seine Pflicht tun und dürfe auch das Lesen der Parteipresse nicht vergessen. Er wies dann noch auf die Kämpfe der Zukunft hin und betonte, daß alle Kollegen verpflichtet seien, an dem weiteren Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. In der Diskussion richtete Kollege Puhlmann noch einige kernhafte Worte an die Kollegen. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß Herr Dr. Weder, der Referent in der Bürger-versammlung, nachdem ihm mitgeteilt worden war, daß trotz des Verbots einige Sozialdemokraten in der Versammlung seien, keinen Vortrag nicht gehalten, sondern erklärt hat, es solle nur eine Besprechung der Bürger stattfinden. Das wurde natürlich mit allgemeiner und verständnisvoller Heiterkeit aufgenommen.

Sersbrunn. In der Nr. 42 des „Grundstein“ haben wir bekannt gegeben, daß sich nach vielen Jahren in unserem sonst so ruhigen Städtchen wieder ein Zweigverein unseres Verbandes gegründet hat. Heute haben wir die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß zwei Drittel der am Orte und in der nächsten Umgebung wohnhaften Maurer bereits dem Zweigverein angehören. Der bisherige Versammlungsbesuch war sehr gut, was von dem großen Interesse, welches die Kollegen der Organisation entgegenbringen, Zeugnis ablegt. Es wurde beschlossen, zur Stärkung der Lokalkasse, während der

Wintermonate einen Beitrag von 10 s. pro Mitglied und Woche zu erheben. Ferner wurde der Wunsch laut, es möchten die Kollegen jetzt schon eine kleine Spende an die Lokalkasse machen, damit ein kleiner Fonds zu Stande komme. Diesen Anregungen kam gleich der zweite Kassierer, Kollege Müller, nach, indem er 10 für diesen Zweck an den ersten Kassierer abführte. Hoffentlich wird das gegenwärtige Verhältnis in ungetriebener Weise weiterbestehen und das gute Beispiel noch mehr Nachfolger finden.

Krapf i. D.-Schl. In Rommorn fand am 3. November eine Zusammenkunft der Maurer statt, die sich mit der Gründung eines Zweigvereins befaßte. Das Werk gelang. Es wurden in den Vorhand gewählt als erster Vorsitzender Kollege Karl Klinga, als erster Kassierer Kollege Joh. Niemayr. Zum Zweigverein Krapf gehören folgende Orte: Rommorn, Siebenbrunn, Jarischowitz, Doret, Pieta, Quatichitz, Krapf, Ottmühl, Karlubitz, Gwozdichitz, Bude, Etzblau und Dobrua. Die Kollegen der genannten Orte werden ersucht, sich bei dem Kassierer Joh. Niemayr anmelden zu wollen. Es ist die höchste Zeit, daß sich die Kollegen auch hier mehr zusammenfinden und ihre Lage zu bessern begehnen. Der Stundenlohn beträgt hier 26 bis 35 s., die arbeitszeit 10 Stunden, sie ist aber erst durch unsere Verbandskollegen eingeführt worden. Beinahe die Hälfte der Kollegen ist organisiert, doch fehlt vielen noch der rechte Mut, offen für die Organisation einzutreten. Die Kollegen, die noch mit ihren Beiträgen und Extrasteuern zurück sind, werden erlucht; ihrer Pflicht nachzukommen. In der genannten Orten werden noch einige Kollegen als Hülfskassierer gesucht. Meldungen sind beim Kassierer anzubringen.

Nüchow. Allen Kollegen zur Mitteilung, daß durch Versammlungsbeschluß jegliche „Arbeitsarbeit“ im Zweigvereinsgebiet Nüchow verboten ist.

Sonderburg. In Nr. 132 des „Deutschen Arbeitsmarktes“ werden von der Baugesellschaft Düren ein energischer Polier sowie Maurer und Handlager nach Sonderburg gesucht. Die Baukonjunktur in Sonderburg ist nicht schlecht, aber auf der anderen Seite ist auch das Angebot der Arbeitskräfte nicht gering. Unternehmet, die ihre Gesellen und Arbeiter human behandeln, brauchen über einen Mangel an Arbeitskräften jedenfalls nicht zu klagen. Daß die Baugesellschaft Düren im „Arbeitsmarkt“ Leute sucht, hat offensichtlich nur den Zweck, Arbeitskräfte zu bekommen, die sich billiger ausbeuten lassen und mit denen ungenierter umgegangen werden kann, als mit den hiesigen Leuten. Der Firma sind allem Anschein nach die Ertragsverhältnisse der Organisation schon lange ein Dorn im Auge.

Söderbrunn. Auch ein Verbandskollege. Vor zirka drei Jahren wurde hier eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens gute Erfolge erzielte. Vor zwei Jahren erlangten die Kollegen durch einen Streit, der vom 26. April bis 20. Mai 1906 dauerte, eine Erhöhung des Lohnes von 35 auf 41 s. pro Stunde. In vorigen Jahre erzielten sie ohne Kampf eine Lohnerhöhung auf 44 s. pro Stunde. Leider sind manche Kollegen für diese Vorteile noch nicht reich. Der Kollege Nicolaus Erdschen scheute sich nicht, bei Herrn Müller 3. Jr. Carlensen für Lage und schreibe M. 240 pro Tag zu arbeiten. Ständige Arbeiter bei Herrn Carlensen arbeiten für M. 280 pro Tag; als diese eine Erhöhung von M. 3 bezugnahmen, wurden sie darauf hingewiesen, daß sich ihm Maurer für M. 240 genug anboten. Durch diese Verhältnisse ist es nicht möglich, hier die ungelerten Arbeiter zu organisieren, da uns dann gleich die schmutzige Lohnbrüderi dieser Kollegen vorgehalten wird. In der nächsten Versammlung werden wir uns damit beschäftigen, was mit solchen Leuten geschehen soll.

Trübsch. Am 10. November hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-versammlung ab. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt. Die Hauptkassette hatte eine Einnahme und Ausgabe von M. 201,95. Die Lokalkassette hatte bei einer Einnahme von M. 32,42 und einer Ausgabe von M. 11,00 einen Kasienbestand von M. 70,82. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Quartals 35. In der Beratung über die Lohnfrage wurde der von der Lohnkommission aufgestellte Lohnsatz in einigen Punkten abgeändert; doch soll er der nächsten Versammlung noch einmal vorgelegt werden. Auch der Antrag des Kollegen Geitmann betreffs der Bezirksbeiträge wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Leider war die Versammlung, wie auch schon einige vorhergehende, schwach besucht, was uns so bedauerlicher ist; als die Kollegen in Trübsch doch alle wissen, in was für einer bewegten Zeit wir uns befinden. Mögen die Kollegen in Zukunft die Versammlungen regelmäßiger besuchen und den Zweigverein nicht nur durch pünktliches Zahlen der Beiträge, sondern auch durch rege Agitation unterstützen. Auf die nächste Versammlung sei noch besonders hingewiesen. Sie findet Sonntag, den 1. Dezember, Abends 7 Uhr, statt. Da soll unter anderem der Lohnsatz endgültig festgesetzt werden.

Fliesenleger.

Gesentkirchen. Eine Postkarte mit folgendem Inhalt ist einem hiesigen Geschäfte zugegangen:

Ich frage hiermit an, ob ich die Arbeit auf Besse Germania 1 ohne Zulage bekommen kann; über die andern Preise werden wir uns schon einigen.

Achtungsvoll
Ernst Tröder, Fliesenleger, in Warten, Hohenzollernstraße 13.

Wie bekannt, ist im vorigen Jahre ein Tarif abgeschlossen, der bis zum 30. April 1908 gilt. Im Tarif ist vorgesehen, daß der Unternehmer für Arbeiten außerhalb des Wohnorts eine bestimmte Zulage in der Höhe von M. 1.50 bis M. 2.25, je nach Entfernung, zu zahlen hat. In diesem Falle wären es M. 2.25. Wir nehmen an, daß Tröder nicht organisiert ist, sonst würde er auf die Zulage wohl nicht verzichten. Wir übergehen dies der Öffentlichkeit

Zeit, denn wir haben kein anderes Mittel, um dem Tum und Treiben verschiedener Pflichten der Einhalt zu gebieten. Es sind viele, denen der Tarif nicht heilig ist; Tarifbruch ist heute an der Tagesordnung und die Pflichten werden bloßes gemacht, die Witte den Tarif einhalten. So hat der Vorsitzende der Schlichtungskommission der Pflichtenleger Herrn Kauls in Gelsenkirchen, Arbeiten zu Schweißarbeiten angenommen und läßt sie unter Tarif feststellen. Hergestellt dazu hat sich der Pflichtenleger Möhling von Mörs in Rheinland, der auch im vorigen Jahre unter Tarif gearbeitet hat.

Warnung.

Die Sektion der Pflichtenleger zu Gelsenkirchen warnt vor einem gewissen Fritz Fingelberg, der unter der Angabe, viel gemehrt zu sein, Unterführungen erschwindelt. Er hat mehrere seiner Logisgeber um das Kostgeld betrogen. Organisiert ist er nicht; das Tuch, was er vorzeigt, ist unglücklich.

Im Hinblick daran wollen wir erwähnen, daß sich das Ansehen der Logisgeldpresserei noch immer in einigen Orten bemerkbar macht. Jetzt kommen die Klagen aus M u n i c h. Wir haben zu dem, was wir früher in dieser Sache sagten, nichts hinzuzufügen, als daß es eine boppelte Gemeinheit ist diese Betrügereien selbst in einem Orte zu verüben, wo unsere Kollegen ohnehin schon eine so schwierige Stellung halten müssen. Die Organisation ist nicht gewillt, noch länger Neutralität zu üben. Wenn die betreffenden Mitglieder ihre Schuld nicht tilgen, so wird von der Organisation ersucht werden müssen, sie dazu zu zwingen.

Zentralmutterkassen.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 17. bis 23. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Alfeld M. 400, Bismarck-Meidung 200, Mariendorf 200, Groß-Schubert 200, Saarwind 200, Jordan-Parabell 200, Reinickendorf 200, Altona 200, Wittenau 150, Tempin 100, Schindel 100, Leibitz 100, Erker 100. Summa M. 2550.

Zuschüsse erhielten: Stuttgart M. 300, Camstatt 200, Königberg i. Br. 200, Friedrichshagen 200, Eggeln 100, Regenb. 100, Ansbach 100, Schenks 100, Nürnberg 100, Höder 100, Eberfeld 100, Meindorf 100. Summa M. 1615.

Altona, den 23. November 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submittionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorkommnissen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen scheinbar einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Ausbach. Am 16. November stürzte unser Kollege Karl Kallert bei dem Fabrikbau der Reimsfabrik Döckler circa 5 m tief vom Gerüst ab und zog sich außer einigen kleinen Wunden eine schwere Verletzung der linken Hand zu. Er war mit der Herstellung eines Montagegerüsts beauftragt. Da ihn der Monteur antrieb, sich mit der Arbeit recht zu geben, so unterließ es der Kollege leider, das Gerüstmaterial auf seine Haltbarkeit zu prüfen. Die Folge war, daß der Kollege in dem Augenblick kopfüber abstürzte, als er das Gerüst betreten hatte. Ein Negriegel war schon bei der Befestigung durch einen einzigen Mann in der Mitte abgedeckt. Wir sehen hieraus, daß solche Fälle immer dort vorkommen, wo die Arbeiter im Gerüstbau herabstürzen. Die Unternehmer rechnen den Gerüstbau immer als Vorkaufarbeit, und die Arbeiter müssen mit ihren heißen Knochen dafür büßen. Darum, Kollegen, prüft jedes Gerüstmaterial auf seine Haltbarkeit, und laßt Euch bei jeder Arbeit in keiner Weise antreiben; denn Ihr könnt es sonst selbst mit dem Leben bezahlen müssen.

Berlin. Am 19. November stürzte bei dem Abbruch auf dem Grundstück Lindenstraße 71 ein Pfeiler ein und fiel auf den Bauarbeiter Tempel, der sehr schwer verletzt wurde.

Essen-Mellinghausen. Ein Unglücksfall ereignete sich am 14. November auf dem Bau des Unternehmens Souren an der Essenerstraße. Dort stürzte der Maurer Karl Schwalbach durch einen Fehltritt aus der zweiten Etage und zog sich einen Bruch des Handgelenkes und eine Splitterung des Hüftgelenkes zu. Ein Fanggerüst war nicht vorhanden und Verbandszeug zur ersten Hilfeleistung mußte erst geholt werden. Schuld an dem Unfall ist schließlich die Antrieberei des Poliers Schmidt aus Fortstermark, der den Bau in Afford übernommen hat und deshalb keine Zeit findet, die bestehenden Schutzvorschriften innezuhalten. Erst nach dem Unfall wurde die ganze Baustelle abgedeckt. Die Handlungsweise dieses Poliers ist derart, daß es die Maurer jetzt vorgezogen haben, ihm die Arbeit allein zu überlassen. In bezug auf Abdeckungen, Aushub und Bauausführungen ist hier der Mellinghauser Bau Polizei Gelegenheit gegeben, Verbesserung eingereicht.

Essen-West. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am 18. November auf Beche „Amalia“ in Essen-West. Dort wird ein neues Zentralmaschinengebäude, von dem nur die Umfassungsmauern hochgezogen sind, errichtet. Die Grundfläche der Halle beträgt etwa 20 x 60 m, die Höhe 20 m. Der Aushub, welcher vom Bauunternehmer Freundlieb ausgeführt, ist fertiggestellt und die Eisenkonstruktionsfirma Kurlinden in Altsenhausen war mit dem Aufstellen des Dachstuhls beschäftigt. Die eisernen Bögen, die den zweiten Raum überspannen, waren fast alle verlegt und miteinander verbunden. Sie wurden auf der einen Längsfront des Gebäudes festgelegt, während sie auf der anderen Seite beweglich liegen blieben. Beim Aufstellen eines der letzten Bögen wurde durch ein falsches Manövrier das ganze Gebäude beweglich liegen blieben. Beim Aufstellen eines der letzten Bögen wurde durch ein falsches Manövrier die ganze bestehende Konstruktion in Bewegung gesetzt, rutschte von der nicht besetzten Seite ab und ging in die Tiefe. Drei dort beschäftigte Arbeiter, darunter der leitende Monteur, er-

litten den Tod, während zwei so schwer verletzt wurden, daß an ihrem Aufkommen zweifelhaft wird.

Speo. Schon wieder die Zementfabrik! Am 19. November, Nachmittags 4 1/2 Uhr, brach ein Stützgerüst an dem Gängegerüst, das eine Nietertonne an dem eisernen Gerippe des Maschinenhauses angebracht hatte, und vier Mann stützten circa 4 1/2 m in die Tiefe. Der eine Arbeiter erlitt eine schwere Verletzung und mußte mittels Krankentransport in seine Wohnung geschafft werden. Ein anderer hatte eine Verletzung des Kniees erlitten und einige Bähne eingeblüht. Der dritte hatte sich aufsteigend eine Verletzung des Nackens zugezogen, konnte sich aber allein in seine Wohnung begeben, während der vierte Mann mit dem bloßen Schreien dabongekommen war. Hätte man vorher das Material zu dem Gerüst geprüft und, was als schwerer Vorwurf erhoben werden muß, in genügender Weise angebracht, so wäre dieses Unfall ebenfalls vermieden worden. Über nach allem, was auf der Zementfabrik in der letzten Zeit passiert ist, sind die Arbeiter dort sehr wohlfeil, und Kontrolle braucht man dort wohl nicht zu fürchten.

Torgau. Am 19. September stürzte der Maurer-Verleiher Weber am Neubau der Girupfabrik aus einer Höhe von ca. 6 m herab, als er unvorsichtigerweise ein Brett betrat, das die Maurer als Schrägbrett zum Abgehen einer Zementbühnen benutzen wollten. Das Brett war nur mit einem Klammern befestigt und ragte nach ein gutes Stück über das Dach hinaus. Weber brach bei dem Sturz den linken Unterarm und verrenkte sich den rechten. Glücklicherweise war gleich ein Arzt zur Stelle.

Bauarbeiterkongress in Württemberg. So gern anerkannt werden soll, daß sich die süddeutschen Staaten außer in manchen anderen Fragen auch beim Bauarbeiterkongress vorteilhaft gegen den bairischen Bundesstaat haben abgeben, so kann doch nicht verschwiegen werden, daß auch in Süddeutschland noch manches faul ist. Inbeson. muß man es unseren süddeutschen Kollegen nachsagen: sie sind äußerst fleißig am Werke, um zu mildern und zu bessern, soweit ihre Kräfte reichen. Das trifft auch auf Württemberg zu. Ueber die einschlägigen Verhältnisse in Stuttgart berichtet eine Baustellenstatistik, die von der dortigen Kommission zur Anfang des November aufgenommen wurde. Wir wollen einige Zahlen daraus wiedergeben.

Kontrolliert wurden 173 Baustellen, und zwar 98 Innenbauten mit 1141 Arbeitern und 80 Hochbauten mit 1840 Arbeitern der verschiedenen Branchen, zusammen also 2981 Arbeiter. Von den kontrollierten Bauten sind 8 Staats-, 19 Kommune- und 154 Privatbautenbetriebe. Außer den 80 gewöhnlichen Gerüsten wurden 11 Maschinen- und 14 Gipsgerüste für Außenarbeiten angetroffen. Die Gipsgerüste sind im allgemeinen sehr mangelhaft. Weil das Gerüstmaterial zu schwach ist, sind die Gipsgerüste, auf denen auch andere Arbeiten beruhen, sehr schwach und somit auch gefährlich. Die vorerwähnten Gerüste fehlen sichere Aufhänge sowie bessere Schutzmaßnahmen, insbesondere auch für die auf dem Bauplatz in der Nähe des Aufzuges beschäftigten Arbeiter. Von den gewöhnlichen Gerüsten sind 8 sehr mangelhaft, an 5 derselben befindet sich schlechtes Gerüstmaterial, in 6 Fällen ist die Verklebung mangelhaft, das Schußgelenk fehlt in 13, das Sockelbrett in 8 Fällen. Ein Außengerüst ist in 8 Fällen nicht vorhanden, auf Fluggerüsten wird an 3 Bauten gearbeitet, einmal wurde mangelhafter Dielenbelag angetroffen. Ein Fanggerüst zum Schutze der an Soqubauten Beschäftigten ist nicht vorhanden. Für Straßenpassanten ist bloß in 2, gegen Nachbargebäude nur in 4 Fällen ein Schutzdach angebracht. Ueber den Eingängen zum Bau fehlt in 10 Fällen das Schutzdach vollständig, in 9 Fällen ist dasselbe sehr mangelhaft. Nur in 17 Fällen ist eine sehr mangelhafte Abdeckung zum Schutze der auf dem Bauplatz sich befindenden Arbeiter vorhanden. Im Treppenaufgang wurde dreimal eine schlechte Abdeckung gefunden, zehnmal fehlt das Treppengeländer teilweise, in 6 Fällen ist dasselbe sehr mangelhaft. In 11 Fällen ist für die Materialträger der Platz zum Abstellen für alle Arbeiter in den Stockwerken auf einer Fensterbank, einer sehr gefährlichen Stelle. Dreimal wurden Treppen und zweimal Leitern in schlechtem Zustande vorgefunden. Wallelagen waren in 9 Fällen sehr schlecht abgedeckt. An im Hochbau fertigen Bauten ist in 30 Fällen ein Treppengeländer nicht vorhanden, sogar in zwei teilweise bewohnten Häusern fehlt nach das Geländer. An 8 Bauten ist das Treppengeländer sehr mangelhaft, in 5 Fällen ist das Treppengeländer ohne jede Abdeckung, teilweise nicht einmal abgedeckt, somit ist für die in den Bauten beschäftigten Arbeiter leicht die Gefahr gegeben, vom obersten Stockwerk bis in den Keller zu stürzen. Die täglich stärker eintretende Duntelheit vermehrt noch die Gefahr.

In sanitärer Beziehung ergaben sich trotz der Verordnung des Ministeriums folgende Mängel: An 7 Hochbauten fehlt die Bauhitze, in 18 Fällen ist sie nicht geräumig genug. 2 Bauhitzen haben keinen Holzfußboden, 5 schlechte Seitenwände, 3 schlechtes Dach, 5 keine Tische und Bänke, 19 keinen Ofen, 16 haben keine Fenster, in 9 Bauhitzen wird nicht für Reinigung gesorgt. 6 dienen auch als Materiallager. Der Kasten mit Verbandszeug fehlt in 17 Fällen. Die Unfallverhütungsvorschriften sind in 11 Bauten nicht ausgeführt, an den Innenbauten sind sie überhaupt nicht zu finden. Ueberbolle Aborte wurden auf 24 Baustellen angetroffen, desinifiziert wird kein Abort, nicht einmal im Hochbau, und auch dann nicht, wenn der Abort in nächster Nähe des Nachbarhauses oder der Bauhitze oberhalb in einem Raum des Baues sich befindet. Der letzte Mangel bestand noch achtmal angetroffen. 9 Aborte haben schlechten Fußboden, 18 keinen ordentlichen Sitz (Sitzbrille). In vielen Fällen wird keine Tonne verwendet, sondern eine Grube gegraben. Mit tiefe voll, so gräbt man eine zweite daneben. Die erste wird mit etwas Schutz abgedeckt, so daß Personen, welche die Stelle betreten, in die Gefahr geraten, im Kot zu ertrinken. Erst kürzlich sind an einem Hintergebäude in der Hauptstraße zwei Personen in diese Lage geraten. Dies nur ein Beispiel von dem Zustande der Aborte auf den Bauten.

An den Innenbauten werden zur Verhütung der Staubentwicklung nicht die geringsten Maßnahmen getroffen.

Gaussen bleibt Staub und Schutt in den Bauten liegen, ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Bauarbeiter. Von einem Bestreben mit Wasser, von Feinwasser oder von Einrichtungen zum Waschen der Hände auf den Innenbauten ist nichts zu sehen. Die Verordnung über die provisorische Dichtung der Fenster in den Wintermonaten findet ebenfalls keine Anwendung.

Am 14. November hielten die baugewerblichen Gewerkschaften Stuttgarts eine Versammlung ab, in der, nachdem die Statistik bekannt gegeben worden war, darüber beraten wurde, wie man den Bauarbeiterkongress besser fördern könne. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Zentralstelle für Gewerbe und Handel beabsichtigt, von Juni bis Oktober 1908 eine größere Ausstellung zu veranstalten, die unter der Leitung der Beratungsstelle für das Baugewerbe stehen und das ganze Gebiet des Baugewerbes umfassen soll. Im Hinblick darauf soll bei der Zentralstelle für Gewerbe und Handel beantragt werden, mit dieser Ausstellung zugleich eine Ausstellung von Unfallgeräten, Gerüstmaterialien und Schutzvorrichtungen zu verbinden. Wenn erforderlich, wollen die Gewerkschaften auch zu den Kosten beitragen. Die Versammlung stimmte dem zu. In einer Resolution wurde dann noch besonders eine Erweiterung der Machtbefugnisse der Baukontrollen als notwendig gefordert und die Arbeiter zur Meldung aller Unregelmäßigkeiten ermächtigt.

Bayerischen Bauarbeiterkongress. In München tagte am 10. November der dritte bayerische Bauarbeiterkongress, auf der 47 Orte mit 148 Mandaten vertreten waren. Außer den waren anwesend die Landtagsabgeordneten Dorn, Bisselmann, Schmid und Zimm, Heine, Sekretär der Zentralkommission, Verhöld, Bezirksvorstand der Bauhilfsarbeiter Oesterreichs, und verschiedene Baukontrollen. Kollege J. Merkel-Münchberg bereitete sich in einem instruktiven Referat über den Bauarbeiterkongress in Bayern. Die Konferenz nahm auf Grund des Referates einstimmig folgende Resolution an:

„Die bayerische Regierung möge in aller nächster Zeit eine Ergänzung der „Oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der auf Bauten beschäftigten Personen“ vornehmen, sowie die Anstellung von Bauaufsichtern aus dem Stande der Arbeiter den Gemeinden zur obligatorischen Pflicht machen, und zwar in der Weise, daß Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern zu Kontrollbezirken beschönigt werden, die von den Bezirksämtern abzugrenzen sind.“

Diesem folgten Referate von Sperlings-München, der über die Bundesratsverordnungen betreffend die Bleifarbenverwendung im Baugewerbe sprach, und von Wittermaier-Würzburg, der die Bundesratsverordnung für das Steinmehrgewerbe behandelte. Das laue Gefolge der Gewerbeinspektion in dieser Sache wurde lebhaft bedauert. Man forderte die Ausdehnung der angegebenen Verordnung auf die ganze Steinindustrie und besonders auch die Anstellung von Ueberwachungsbeamten aus der Arbeiterklasse. Eine fünfgliedrige Kommission soll eine Petition an den Landtag im Sinne der Forderungen vorbereiten.

Einstimmig wurde ferner beschlossen, es solle der Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie ersucht werden, dahin zu wirken, daß bei einer eventuellen Erhöhung des Landtag ein aus der Bauarbeiterklasse hervorgegangener Genosse mit dem Mandat betraut werde.

Schließlich gelangte auch der Antrag zur Annahme, daß der aus dem Berliner Bauarbeiterkongress gefasste Beschluß mit Energie durchzuführen sei, wonach zur Unterstützung der Zentralkommission Lokalkommissionen für Bauarbeiterkongress aus den Kreisen der in Frage kommenden Organisationen einzusetzen sind.

Zwei Submittionsblüten trassester Art können wir unseren Lesern heute wieder berichten. Kürzlich fand bei der Genossenschaftlichen in Essen eine Submission zur Vergebung der Arbeiten für die Herstellung eines gemauerten Kanals und einer offenen Wassertrete für den Ost- und Westbach in Gerne-Paufau statt. Es waren insgesamt 37 Offerten eingegangen, die folgende Ergebnisse darstellten:

Bessial. Industriell-Gesellschaft Bochum	M. 4.005,75
Möhlenbruch-Wanne	9.824,00
Frank-Wanne	9.557,34
Städtische Baugesellschaft-Berlin	8.904,45
Fischer-Müller	7.785,69
Frider-Eberfeld	7.778,56
Beyer-Reddinghausen	7.718,05
Zeitling-Göln	7.706,10
Garre-Holzwickede	7.611,50
Düren-Godesberg	7.072,50
Baumhofs-Hannover	7.066,70
Alton-Düsseldorf	6.975,56
Beermann-Essen	6.982,20
Ritter-Hannover	6.874,17
Hammer-Memicheld	6.806,14
Runge-Eberfeld	6.791,70
Waller-Gerne	6.634,70
Müller-Wannheim	6.624,45
Hoch- und Tiefbaugesellschaft Sögelndortmund	6.418,89
Stork & Pöble-Gerne	6.178,86
Gieseler-Dortmund	6.148,40
Zimmer-Berlin	6.058,85
Hoch- und Tiefbaugesellschaft Essen	5.988,85
Weber-Ilma	5.820,54
Horat-Göln	5.742,75
Baumann-Göln	5.651,10
Wibbes-Dortmund	5.619,10
Schmidt-Sohm-Gelsenkirchen	5.597,02
Gieseler-Dortfeld	5.400,00
S. Wülfers-Milheim a. d. Ruhr	5.111,80
Weyer & Co.-Wanne	5.082,00
Lusthols-Düsseldorf	4.896,53
Bielhaber-Gelsenkirchen	4.791,86
Hahnbrecht-Dortmund	4.487,63
Mennig-Weimar	4.440,62
Giesel-Gelsenkirchen	4.234,20
Eichholz-Hattingen	3.437,92

Zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot schwankt also eine Differenz von nur M. 1136,73.

Ein anderes Beispiel: Der Kurhalsperrenverein hatte die Vergebung der Arbeiten für das erste Los (Aussührung eines Umleitungshollens, Umleitungshollens und Aus-

(Schachtung der Baugrube) für die große Mühe... Es forderten:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Stort & Bohle-Herne', 'Köhlenbräu-Eidel-Waime', etc.

Die Spannung zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung beträgt hier M. 1262.508.

Ein neues Bauprogramm für Krankenhäuser. Auf dem letzten internationalen Hygienischen Kongress in Berlin berichtete Dr. Sarason über ein neues von ihm konstruiertes Bauprogramm für Krankenhäuser.

Polizei und Gerichte.

Nicht immer glückl. Vom Zweigverein Ansbach wird geschrieben: Unser Vorsteher, Kollege Schreiber, erhielt vor einiger Zeit einen Strafbefehl, lautend auf drei Tage Gefängnis, wegen Vergehens gegen den berühmten § 153 der Gewerbeordnung...

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Eintag, Paul Singer), Heft 8 des 28. Jahrgangs. Inhalt: Die Finanzklemme. — Die Verleumdung der Bergbauern. Von Karl Kautsky. — Eichenborf. Von G. Stöbel. — Ueberspannung der Demokratie. Von Hans Bloch. — Die „Verbesserung“ der Armenpflege. Von Friedrich Kreis (Wurzen). — Zur Regelung der gewerblichen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Gärtnergewerbe. Von Otto Albrecht (Berlin). (Schluß). — Literarische Rundschau: Paul Göhre, Das Warenhaus. Von Adolf Braun. Oberarzt a. D. Dr. Schäfer, Der

moralische Schwächling. Von Dr. Siegfrieda. H. Kuprin, Der Moloch und andere Novellen. Von G. Korn.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 24 des 17. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Befehlgeb 55 A.; unter Kreuzband 85 A. Jahresabonnement M. 2,60.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 24, 25. Jahrgang. „Ein Zeitbild Anhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Aus Zeitbild aus Preußen“ und „Nachtleben in Potsdam“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

Bei der Einsetzung von Anzeigen ist folgendes zu beachten: Anrufe, in denen Verbandsmitglieder von ihren Verwandten gesucht werden, sowie Anzeigen von den Gesellschaften der Fremden werden nur dann aufgenommen, wenn sie vom Zweigvereinsvorstand eingeleitet werden oder wenigstens mit dem Vorstandsstempel versehen sind und wenn das Geld gleich mit eingeleitet wird.

Auszahlung der Reiseunterstützung. Inzuzuse, die Ort und Anzeiger der Reiseunterstützung bekannt machen sollen, nehmen wir ihrer Zweckmäßigkeit wegen nicht auf. Wer vom Vorstand eine Wanderunterstützungskarte erhält, bekommt auch ein Verzeichnis der Herbergen und Bekherstolale. Dort müssen die Zweigvereinsvorstände Plakate aufhängen oder sonst bekannt geben, wo die Reiseunterstützung ausfällt.

Samstag, 8. D. Die Anzeige wird aufgenommen, sobald die obestehenden Bedingungen erfüllt sind.

Basewalk. Versammlungsanzeige kam um einen Tag zu spät.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 16 A.)

- Berlin. Am 19. November starb unser Kollege Franz König im Alter von 70 Jahren an Darmleiden.
Bremervörde. Am 16. November starb unser treues Verbandsmitglied Klaus Dormann im Alter von 72 Jahren an Lungenerkrankung.
Dresden. Am 20. November starb unser Verbandsmitglied Andreas Schulze im Alter von 49 Jahren an Lebererkrankung.
Eggenbach. Am 16. November starb nach langem Leiden unser Verbandskollege Heinrich Weber im Alter von 25 Jahren.
Eggenbach. Am 20. November starb unser Verbandskollege Emil Bernd aus Hilsfeld im Alter von 84 Jahren an Herzklappenfehler.
Eisenach. Am 18. November verschied nach einem jahrelangen Leiden unser treuer Kollege Alfred Scholl im Alter von 30 Jahren.
Gießen. Am 19. November starb unser Kollege Albert Müller aus Gleiberg im Alter von 27 Jahren an Herzanfalle.
Güstebiele. Am 22. November starb, unser Kollege Wilhelm Kieselbach im Alter von 46 Jahren, an Magenkrebserkrankung.
Karlsruhe. Teufelshäuser u. t. H. Am 16. Novbr. starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege Jakob Chr. Meiner im Alter von 59 Jahren an Darmkrebserkrankung.
Kassel. Am 18. November starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege Adolf Martin im Alter von 27 Jahren an der Prostatierkrankheit.
Köln. Am 23. November starb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied Max Schaller aus Koblenz im Alter von 32 Jahren an Schlaganfall.
Leipzig. Am 16. November starb unser Kollege Karl Welgehausen im Herzoglichen Krankenhaus zu Braunschweig im Alter von 21 Jahren an Nierenleiden.
Leipzig. Am 14. November starb unser treues Verbandsmitglied Ulrich Rapp aus Dötternhäusen im Alter von 28 Jahren an Lungenschwindsucht.

Ehre Ihrem Andenken!

Zweigverein Berlin.

Zahlstelle Gross-Lichterfelde. Unser Verbandskolle ist jetzt Gr.-Lichterfelde, Ost, im „Restaurant Kaiserhof“ am Kranoldplatz. Dasselbst wird auch bei Arbeitslosigkeit abgestempelt. [M. 2,40] Der Vorstand.

Bremen.

Der Zweigverein Bremen sucht zum 1. Januar 1908 einen Lokalbeamten.

Nur ein durchaus fähiger Kollege wird berücksichtigt. Neben rednerischer Begabung wird verlangt die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung sowie der Buch- und Kassensführung. Dem Bewerber schreibt ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift „Lokalbeamter“ bis spätestens am 15. Dezember an Unterzeichneten einzufenden. [M. 4,80] Franz Martin, Bremen, Gartenstr. 21/22.

Lauenburg i. Pom.

Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt: Eduard Schlieter, Sphekturmstr. 7. [M. 1,50] Der Zweigvereinsvorstand Danzig.

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Zahlstelle Gross-Lichterfelde.

Die Kassensenden für den Winter finden von jetzt an im Restaurant von Hermann Kutzner, Bierstraße 41, statt. [M. 2,10] Der Bevollmächtigte.

Liegnitz.

Sonntag, den 21. Dezember, Abends 6 Uhr: Weihnachtsbescherung.

Die Anmeldung der Kinder muß bis spätestens 14. Dezember erfolgt sein. [M. 2,40] Der Vorstand.

Der Maurer Wilhelm Meiner, geb. 20. April 1890 zu Ullrich, wird gebeten, seiner Mutter keine Adresse mitzuteilen. [90 A]

Der Maurer Stanislaus Spilla aus Lanosmierz, Kreis Golef, D.-Schl., wird aufgefordert, sofort zu Hause zu kommen, da seine Mutter todkrank dankebedürftig. Er hat zuletzt in Datteln i. W. gearbeitet. Es wird gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen. [M. 1,50]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

- Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonntag, den 30. November.
Hagenow. Nachm. 5 Uhr im „Waldfhof zum deutschen Hause“.
Sonntag, den 1. Dezember.
All-Damm. Nachm. 2 Uhr im „Höfenbörfer Vereinshaus“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr in der „Grünen Eiche“. Referent anwesend.
Dreetz. Nachm. 2 Uhr bei Döbert. Wichtige Tagesordnung! Referent anwesend. Mitgliedsbücher mitbringen!
Elmshorn. Nachm. 4 Uhr bei H. Moler.
Gransee. Nachm. 8 Uhr im Franzischen Lokal. L.-D.: Neuwohlt.
Leutenberg. Nachm. 3 Uhr im „Bühnenhotel“ (früher „Schützenhaus“). Referent: Kollege Reude-Bothe.
Wermelskirchen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Dienstag, den 3. Dezember.
Bitterfeld. Abends 7 Uhr im „Höfenbörfer“. Bücher mitbringen!
Itzehoe. Abends 8 Uhr bei Reich. Vortrag des Kollegen Feder.
Liegnitz. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Mittwoch, den 4. Dezember.
Berlin. Bezirk Brandenburg Vorstadt. Abends 8 Uhr in den „Roculino-Sälen“, Alsterstraße 67. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Bericht aus der Vertreterversammlung, 4. Beschiedene.
Guben. Abends 6 Uhr. Mitgliedsbücher sind vorzulegen.
Wittenberg. Abends 6 1/2 Uhr bei Otto.
Donnerstag, den 5. Dezember.
Danzig. Abends 8 Uhr bei Steppun in Schildh. L.-D.: 1. Die Fehde der Arbeiterchaft. Referent: Kollege Grünhagen. 2. Beschiedene.
Glogau. Nachm. 4 1/2 Uhr im „Ratskeller“. Bücher mitbringen!
Spandau. Abends 8 1/2 Uhr bei Kuntze, Schimmelstr. 80.
Freitag, den 6. Dezember.
Berlin. (Wokolenmaurer und Hülsarbeiter.) Bei Döbert, Weberstr. 17. L.-D.: Stellungnahme zum Tarif.
Sonntag, den 7. Dezember.
Nürnberg. (Sektion der Kleinfesteger.) Abends 8 Uhr außerordentliche Mitgliedserversammlung im Gewerkschaftshaus (Hilfstr. 64).
Sonntag, den 8. Dezember.
Gräfenthal. Nachm. 3 Uhr bei Büchler.
Langenwetzendorf. Nachm. 3 Uhr Generaterversammlung bei Sporn.
Oranienburg. Vorm. 9 Uhr bei Schumann. Stellungnahme zur Lohnfrage für nächstes Jahr.
Schladen a. H. Nachm. 3 Uhr in Wdhes Saalbau. Mitgliedsbücher mitbringen!
Gr.-Veitheim a. d. Ohe. Nachm. 8 1/2 Uhr bei Herrn Bräutigam. Mitgliedsbücher mitbringen!
Wittstock. Bei Herrn Carl Müller, Herberge. Wichtige Tagesordnung! Referent anwesend.
Öffentliche Maurerverammlung.
Sonntag, den 8. Dezember.
Tilsit. Mittags 12 Uhr, Strogasse 7. Mitgliedsbücher mitbringen!
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.